

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Aufstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Sonntag, 26. August 1923.

Nr. 199.

## Die Kulturaufgaben der Gemeinden.

Immer noch muß der Großteil der Menschheit Tag um Tag dem Bissen Brot nachjagen; was Geist und Seele nähren soll: Wissen und Schönheit, ist ihm in dieser „besten aller Welten“ fast unerreichbar. Nur in zähem Ringen konnte sich die arbeitende Masse im Achtstundentag das bißchen Muße erkämpfen, dessen sie bedarf, um in kurzen Atempausen der Arbeit ein Endchen der reichen Kulturgüter unserer Gegenwart zu erschaffen, und Stirn an Stirn muß sie mit dem Bürgertum, das sich als Monopolpächter der Bildung betrachtet, um den Zugang zu den Bildungsquellen streiten. Ein großer, praktisch vielleicht der derzeit wichtigste Teil dieses Kampfes wird auf dem Boden der Gemeindevertretungen ausgefochten.

Dabei soll hier gar nicht weiter von den Möglichkeiten der Kulturförderung die Rede sein, welche eine nach den von uns geforderten Grundfäden vollkommener Selbstverwaltung ausgearbeitete Gemeindeordnung und eine vom Staate nicht so gehemmte finanzielle Bewegungsfreiheit der Städte böte. Die materielle Not der Ortschaften ist gewiß groß. Aber sie darf nicht zum willkommenen Vorwand werden, mit dem die bürgerlichen Machthaber jahrelange Untätigkeit so gern rechtfertigen, und sie braucht es auch nicht zu werden, weil manche sozialdemokratische Gemeindevertretung bewiesen hat, wieviel wertvolle Kulturarbeit bei gutem Willen selbst aus knappen Mitteln geleistet werden kann. Auch die veraltete, durchaus auf das Bürgertum zugeschnittene Gemeindeordnung von 1864, die heute noch bei uns zu recht besteht, bietet den Gemeindeverwaltungen Gelegenheit genug, sich als Förderer der Kultur zu betätigen, sie müssen nur zielbewußt nach dieser Richtung gedrängt und daran gehindert werden, zu meinen, ihre Aufgabe sei mit der Pflege bürgerlicher Kulturbedürfnisse erschöpft. Sache der sozialdemokratischen Vertreter in den Kommunen ist es also, jene städtischen Unternehmungen, die dem Allgemeinwohl und nicht bloß den „oberen Zehntausend“ dienen, in den Vordergrund zu rücken und den Vertretern des Bürgertums zum Bewußtsein zu bringen, daß noch lange nicht alles getan sei, wenn die Einrichtungen der Gemeinde ihren Ansprüchen dienen.

Schon das Stadtbild als solches hat kulturellen Forderungen gerecht zu werden, insofern es gewissen Schönheitsgesetzen folgen, den Eindruck der Sauberkeit erwecken, hygienisch einwandfrei sein und sich nicht als Werk von Stein und Mauern repräsentieren, sondern durch Gärten und Anlagen frisch und erfreulich wirken soll. Für all das sind bürgerlich Gesinnte gewiß zu haben, sie werden vielleicht sogar ihren Stolz darein setzen, daß ihr Ort so recht wie ein Schmuckstücklein aussehe. Aber sie werden gern daran vergessen, wie sich die Rückseite dieses „Schmuckstücklein“ ausnimmt, ob nicht irgendwo abseits enge, winkelige, von keinem Sonnenstrahl getroffene Gassen und Häuser liegen, die Sätze der arbeitenden Bevölkerung, und sie werden nicht fragen, wieviele Ortsinsassen in Kellern und zugigen Mansarden haufen, dicht beieinandergepfercht, ohne Luft und Licht. Wenn sie sich ihrer schöngeputzten Parkanlagen freuen, übersehen sie die Notwendigkeit, daß das Proletariat für seine Kinder gleichfalls weiter, grüner Flächen bedarf, dort zu spielen und die keimgeschwängerte Luft der dumpfen Armeluthäuser gegen frisches, gesundes und abhärtendes Ozean einzutauchen. Erst die Anwälte des Proletariats haben diese Forderungen energisch vertreten, sie müssen weiterhin in den Gemeindestuben bleiben, um im gleichen Sinne und mit der gleichen Kraft fortzufahren zu können.

Ähnlich steht es um das weite und wichtige Gebiet: des Schulwesens. Die Organisation der Schulen liegt zwar außerhalb des Machtbereiches der Gemeinden, wohl aber

## Das Echo der Rede Stresemanns.

Kühle Aufnahme in Paris.

Paris, 25. August. (Havas.) Die amtlichen Kreise sprechen sich sehr reserviert über den Eindruck aus, den die Rede Stresemanns hervorgerufen hat. Sie konstatieren bloß, daß die Kanzlerrede in einem von seinen Vorgängern abweichenden Tone gehalten wurde und keine Ablehnung bedeute, sondern den Versuch zu einer Verständigung. Man bedauert, daß sie keine Erwähnung von der Einstellung des passiven Widerstandes enthalte, was eine grundsätzliche Bedingung für die Wiederaufnahme der Verhandlungen bedeute. Der Kanzler sprach über Angebote Garantien und positive Pfänder, obzwar er zu dem, was Cuno angeboten hat, nichts hinzufügte. Der von Deutschland geleistete Reparationsbetrag wurde unparteiisch auf sieben Milliarden 800 Millionen Goldmark durch die Reparationskommission abgeschätzt. Die deutschen und amerikanischen Schätzungen können bloß aus der Ueberschätzung der abgetretenen Güter, wie z. B. Frachtschiffe, Eisenbahnmaterial u. ä. zustandgekommen sein. Die Berechnung der Naturalieferungen kann nicht den geringsten Irrtum verursachen.

haben sie namentlich die Volksschulen finanziell größtenteils in der Hand, sie haben bei der Gründung der Gebäude ein gewichtiges Wort mitzureden und kapitalstärkige Gemeinden sind auch imstande, aus eigener Initiative neue Schulen zu errichten. Und wieder begegnet uns das selbe Bild: Solange die Bürgerlichen dank dem altösterreichischen Wahlrecht die Kommunen beherrschten, errichteten sie manchen Driesprachtschulen und namenslich Mittelschulen wurden, dem besondern Vorgeisbedürfnis entsprechend, auf Gemeindefkosten ins Leben gerufen. Für das Proletariat tat man nur, was man unausweichlich tun mußte. Die Zahl der Volks- und Bürgerschulklassen hielt sich mit ängstlicher Vorsicht an die höchste zulässige Schülerzahl; die Spiel- und Kindergärten wurden so stiefmütterlich als möglich bedacht und gerne der frommen Konnenfürsorge überlassen, trotzdem der arbeitenden Proletarierin die Möglichkeit, ihre Kleinen während der Arbeitszeit in kundige Obhut zu geben, die größte seelische und materielle Erleichterung schafft; Hilfschulen für geistig und körperlich zurückgebliebene Kinder gar, die das unterernährte, abgerackerte Proletariat in einem un- verhältnismäßig großen Prozentsatz stellt, waren eine Seltenheit. Diesen notwendigsten Bedürfnissen ist schon von sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen vielfach Rechnung getragen worden, mehr noch bleibt zu tun übrig und deshalb ist der Sieg der Sozialdemokratie bei den Wahlen für die Massen so ungemein wichtig. Nicht nur, daß die ins Leben gerufenen Anstalten gegen den Ansturm der Besitzenden, die von Kindergärten und Hilfschulen „nichts haben“, weil sie sich doch eh eine Gouvernante halten, verteidigt werden müssen — ihr Ausbau tut überall not und andere dringende Forderungen harren noch ganz der Erfüllung. Da ist an erster Stelle die Kinder- ausbildung zu nennen, die erst ermöglicht, daß die körperlich Schwachen Arbeiterkinder mit den gutgenährten Bürgerkindern im Lernen Schritt halten. Sie hat einen integrierenden Bestandteil des Schulwesens zu bilden und ebenso verlangt die obligatorische Schulpflicht, daß Bücher, Hefte, Schreibmaterial und dergleichen von amtswegen beigelegt, daß die Kopfsteuer des Schulgeldes beseitigt werde. Nach den ange- deuteten Richtungen hin können die Gemein- den aus eigener Initiative, ohne daß das „kleine“ oder irgendein „großes“ Schulgesch- ich viel einzumengen vermögen. Bedeutendes unternehmen und auch der Errichtung von

Zustimmung in London.

London, 25. August. (Sch. P. B.) In den Londoner Kreisen wird die gemäßigtere Rede Dr. Stresemanns mit Zustimmung aufgenommen. Trotzdem die Situation weiter delikater bleibt, wird hier gefühlt, daß der deutsche Reichskanzler nichts gesagt hat, was die Schwierigkeiten beim Zuchen der Lösung der Reparationsfrage vergrößern würde. Die „Times“ sehen in den Erklärungen des Reichskanzlers einen endgültigen Beitrag zur Regelung der gegenwärtigen Krise. Seine sorgfältig gewählten Worte in der Reparationsfrage seien vorsichtig, aber endgültig gesprochen. Es sei bezeichnend, daß er unter Bezugnahme auf die letzte britische Note die Tür für die Möglichkeit von Verhandlungen mit Frankreich keineswegs schloß, vielmehr die Bedeutung des letzten deutschen Angebotes erweiterte. Das geistige Angebot produktiver Pfänder verdiene sorgfältige Erwägung. Wenn auch nicht bestimmt wird, bis zu welchem Maße das Angebot verwirklicht werden könnte, so lasse die Rede doch klar erkennen, daß das auf dem Wege praktischer Verhandlungen geschehen soll. Was der Kanzler ablehne, sei die Trennung der Rheinlande und des Ruhrgebietes vom Deutschen Reich und eine wirtschaftliche Sonderbehandlung der Rheinlande und des Ruhrgebietes. Es sei bezeichnend, daß Stresemann den passiven Widerstand nicht erwähnt habe. Die Rede sei, so schrieben die „Times“, eine geschickte Neuklerung in der Absicht, Frankreich zu verfühnen und die Verhandlungen zu fördern.

Volksturnanstalten, Volksschwimm- und Näh- schulen und ähnlichem steht von Staatswegen nichts entgegen.

Was die Schulen für die Jugend, sind die Büchereien für die Erwachsenen. Das Gemeindebüchereigesetz der Tschechoslowakei gibt da den Gemeinden einen großen Spielraum und ein fruchtbares Betätigungsfeld, daß es übereifrig beachtet worden wäre, kann man aber gerade nicht behaupten. Es genügt nicht, mehr oder minder widerwillig Bücher anzuschaffen und sie in einigen Stunden in der Woche ans Publikum zu verleihen. Vielmehr muß mit dem Ausleihen ein Beratungsdienst durch fachkundige Leute Hand in Hand gehen, damit jeder das für seine Bildungsstufe Geeignete bekomme und dem verhängnisvollen Einfluß der Hintertreppenliteratur gesteuert werde. Durch angelegte Vorträge und Kurse soll sich in größeren Orten die Bibliothek zu einer lokalen Bildungszentrale ausweiten, in kleineren kann die Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden sich ein ähnliches Ziel stecken. Die Gemeindebibliotheken sind ein soziales Werk großen Stils, wenn die in ihnen stehenden Möglichkeiten entsprechend ausgenutzt werden. Es ist Sache unserer Genossen in den Gemeindevertretungen, sich dessen voll und ganz bewußt zu werden, damit dieses Bildungsinstrument des Proletariates die ihm zukommende Bedeutung erlange.

Dicht zu den Büchereien tritt an erzieherischem Werte das Kino, wenn man es planvoll auszunutzen weiß. Daß es vielfach aus Privat- in Gemeindebesitz übergegangen ist, darf man durchaus begrüßen, nur müssen sich die Gemeinden auch der Pflichten bewußt werden, die sie damit übernommen haben. Das kommunal verwaltete Kino muß aufhören, eine bloße Geldquelle zu sein, die umso besser fließt, je aufregendere Mord- und Sensationsstücke sie dem gierig lauschenden Publikum vorführt. Der ausgeprochene Schundfilm muß aus den Gemeindefinos unweigerlich hinaus, der harmlose Unterhaltungsfilm, sei er nun ernster oder humoristischer Art, hat sich mit dem Lehr- und Bildungsfilm derart zu verbinden, daß er mit seinen unterhaltenden Mitteln das Interesse für die unterrichtenden Mittel des andern weckt und wachhält. Es ist keine geringe Kunst, das Volk vom Sensationsfilm wieder fortzuziehen, aber sie muß geleistet werden, und das Gemeindefino kann dieser Aufgabe am leichtesten gerecht werden, wenn es die Kultur- über die fiskalistischen Aufgaben stellt. Daß das geschehe, darüber haben die Vertreter der

breiten Volksmassen, die Sozialdemokraten, zu wachen.

Man nennt das Kino gern das „Theater des Volkes“ und die geringen Betriebskosten rechtfertigen diesen Namen auch in einem gewissen Grade. Deshalb aber das eigentliche Theater aus dem Interessenskreis der Menge ziehen zu wollen, wäre verfehlt. Die Tendenz dazu besteht zweifellos, die hohen Eintrittspreise machen das Theater automatisch zu einer Vergnügungsstätte der besitzenden Klassen. Soll es einen Sinn haben, daß Theater großenteils von den Stadtgemeinden betrieben werden, so ist es deren Pflicht und Schuldigkeit, auch der besitzlosen Mehrzahl der Ortsbewohner den Eintritt zu ermöglichen. Die Arbeitervorstellungen und dergleichen dürfen nicht nur ein hie und da hingeworfener Brocken sein, sondern sie sollen in beträchtlicher Zahl erfolgen und dürfen in der künstlerischen Art der Darbietung nicht hinter den normalen Vorstellungen zurückbleiben. Wozu die ganze Bevölkerung steuert, das muß irgendwie auch der ganzen Bevölkerung zugute kommen, wenn auch kein Einsichtiger leugnet, daß die Mehrzahl der Abende, damit die Leitung auf ihre Kosten komme, nicht unter das normale Preisniveau sinken kann. Eine weitere Pflicht der Stadttheater ist es, daß sie sich bei aller berechtigten Rücksicht auf die Masse als Kunststätten fühlen. Verlieren sie allen Zusammenhang mit der lebendigen Kultur und kommen sie über die Pflege von Schwanck und Operette nicht hinaus, so besteht für die Allgemeinheit kein Anlaß, für ihren Bestand Opfer zu bringen. Es tut not, den Bourgeoisneigungen gegenüber diesen Standpunkt energisch zu betonen. In kleinen Orten wäre im Interesse der Volkskultur für den Zusammenschluß mehrerer Gemeinden zu einem Landschaftstheater zu kämpfen.

Recht wenig verbreitet sind bisher städtische Museen, und doch ist ihr Bildungswert nicht hoch genug anzuschlagen. Nicht nur, daß sie bei sachkundiger Einrichtung die intime Kenntnis der Heimat ermöglichen, sie sind auch der beste Ort, um ohne allzugroße Kosten eine Vorstellung von den Leistungen der Technik und der bildenden Künste zu vermitteln und ein reiches naturwissenschaftliches Anschauungsmaterial bereitzuhalten. Allgemein zugänglich, wie sie ihrem Wesen nach sein müssen, können sie sich, ähnlich wie die Bibliotheken, an den weitesten Kreis wenden, sie stellen also ein soziales Bildungsmittel ersten Ranges dar und das erst recht, wenn einsichtige Verwalter der Museen die in den Stadtarchiven bearbeitete Heimatgeschichte wieder ans Licht ziehen wollten. Da würde der sentimentale Heiligenschein, mit welchem romantische Reaktionen das Wort „Heimat“ so gern umgeben, bald wie ein Nebel zerrinnen. Die Vergangenheit der einzelnen Orte erschiene nicht, wie eine verlogene „Heimatkunst“ gern glauben machen möchte, als ein reizendes Idyll, sondern die Kämpfe der Kasten und Stände, der Patrizier, Künste und rechtlosen Leute erhielten wieder Leben: und die große Wahrheit träte zutage, daß wie heute, so auch einst im größten und im kleinsten Ort der Klassenkampf die Geschichte vorwärts getrieben hat.

Der kurze Ueberblick, der hier versucht wurde, zeigt schon, ein wie weites Feld der Kulturarbeit von den Gemeinden bestellt werden kann, er lehrt aber auch, daß der in den Kommunen besonders klar hervortretende Klassen Gegensatz vor der Kulturpolitik durchaus nicht halt macht. Auf keinem der eben gestreiften Teilgebiete laufen die Wünsche des Bürgertums und des Proletariates irgendwie parallel, interessieren sich auch beide für Stadtbild, Schulen, Büchereien, Theater, Kinos, Stadtgeschichte und Museen, so haben sie doch jedesmal ganz verschiedene Ziele und Bedürfnisse vor Augen. Deshalb muß die Arbeiterschaft, sollen ihre Kulturwünsche von den Gemeinden begriffen und befriedigt werden, in den Gemeindestuben einen dominierenden Einfluß besitzen.

# Verständigungswille.

Seit Monaten sind wir, ohne es zu wissen, Zuhörer einer Friedenskonferenz, die den Zweck hat, das europäische Chaos irgendwie zu ordnen und zwischen den drei großen Tendenzen, die Europa gegenwärtig durchziehen: dem imperialistischen Vormachtstreben Frankreichs, dem wirtschaftlichen Gesundungsbedürfnis Englands und dem deutschen Selbsterhaltungstrieb, einen halbwegs erträglichen Ausgleich zu schaffen. Die Formen, in denen diese Konferenz sich vollzieht, sind seltsam und schwerfällig. Notizen der drei hauptsächlich beteiligten Regierungen, Reden ihrer führenden Staatsmänner und Parlamentarier debattieren wechseln miteinander ab, hier und da ergreifen auch weniger beteiligte Parteien wie Belgien und Italien und Neutrale — man denke an die Reden des Dr. Benesch nach Paris, London und Rom — das Wort. Daß der eben beschriebene Weg eine glückliche und rasche Lösung verspricht, kann man gerade nicht behaupten, der große Aufwand an Zeit, der mit ihm verbunden ist, spielt eben in den verschiedenen Rechnungen eine allzu verschiedene Rolle: die verlorenen Monate, die Deutschland immer näher dem Abgrund brachten und ihm Opferwillen bis zum Äußersten, ja kaum mehr Erträglichem aufzuwiegen, bedeuten einen gewaltigen Aktivposten im Programm Poincarés, die Notwendigkeit einer baldigen Verständigung wird in Berlin und Paris gar zu verschieden gewertet.

Wenn trotzdem die letzte Woche das Bild der Verhandlungen ein klein wenig verschoben hat, so mag das an der Beförderung der führenden Kreise Frankreichs und Deutschlands liegen, eine Ueberbrennung des Prinzips, von dem sie sich bisher leiten ließen, das schon Gewonnene oder das noch Gerechtete nutzlos preiszugeben. Poincarés Entschlossenheit, Deutschland in die Arie niederzuzwingen und das europäische Festland auf Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung seinem Diktat zu unterwerfen, findet ihre Grenze an gewissen innerpolitischen Notwendigkeiten: Er bedarf auch sichtbarer positiver Erfolge; vor die neue Kammertagung nur mit dem Ertrag des ruinierten französischen Franken und der zerfallenen Entente zu treten, könnte ihm um die Stellung des Ministerpräsidenten und die Imperialisten Frankreichs um ihren zähesten Sachwalter bringen. Das erklärt den weniger exzessiven Ton seiner letzten in Charleville gehaltenen Sonntagsrede und seinen Versuch, dem englischen Drängen auf Verständigung, ohne in der Sache selbst ein Zugeständnis zu machen, in der Form entgegenzukommen, wie das in der Note an Baldwin geschieht.

Das deutsche Bürgertum wieder hat mit einer von Cuno verkörperten Parole: „Keine Verhandlungen vor Räumung des Ruhrgebietes!“ so offenkundigen Schiffbruch erlitten, die Geldpöpel hat der internationale Stellung Deutschlands, die grenzenlose Gier der Kapitalisten seinem inneren und äußeren Kredit so furchtbar geschadet, daß die noch einigermaßen bei Vernunft gebliebenen Politiker sich genötigt sehen, die Exponenten dieser Prinzipien, Cuno und Hermes, fallen zu lassen. Der mit den abgestandenen Befreiungsphrasen von 1813 arbeitenden Romantik soll jetzt eine Epoche der nüchternen Sachlichkeit, der Rücksichtnahme auf jeden kapitalistischen Wunsch ein energisches Zupacken folgen, Zeuge dessen das Finanz- und das außenpolitische Programm, das Genosse Hilferding Donnerstag vor dem Handhabungsaußschuß des Reichstages und Reichskanzler Stresemann Frei-

tag vor den Teilnehmern des Industrie- und Handelsstages entwickelt haben.

Man kann beiden Reden nur gerecht werden, wenn man sie als Anfang und als Zeichen des Umschwunges, nicht aber als Ausdruck des äußersten Falles Erreichbaren würdigt, denn um heute finanztechnisch oder außenpolitisch in Deutschland etwas Positives leisten zu können, muß man zuerst mit starker Hand eine Unmenge verderblichen Gestrüppes abholzen. Das haben beide Männer mit Geschick und Energie getan. Hilferding hat durch die angekündigten Maßnahmen in die Taktik der passiven Resistenz und der schamlosen Ausbeutung des Staates, die alle Schichten des Volkes seit Jahren über, kräftig Dresche gelegt, ein Umschwung der gesamten Steuer-, Währungs-, Kredit- und Ausgabenpolitik bereitet sich vor, die Stabilität der Valuta und der Wirtschaft, statt kurzfristiger Schonung jedes Einzelbetriebes steht dem neuen Finanzminister als Ziel vor Augen. Es zu erreichen, wird Industrie, Handel und Landwirtschaft weit mehr kosten müssen, als Hilferding vorläufig angedeutet hat, die Substanz des Volkes, die tatsächlich nicht gelitten, sondern vielmehr durch die Verpowerung des Geldes alle Schulden auf die Renten- und Lohnbesitzer abgewälzt hat, wird ohne eine beträchtliche Staatshypothek nicht davonkommen können. Dieses Kergste ist ihr vorläufig noch erspart geblieben, aber ihre Schonzeit ist, das fühlt man im In- und Ausland, hoffentlich vorbei und das Bewußtsein davon kann den entschwindenden Glauben an Deutschlands finanzielle Gesundung wieder herstellen, wenn nur die Taten der Folgeszeit der Ankündigung entsprechen.

In Stresemanns Rede tat es wohl, gewissen gewohnten Wendungen und Anschauungen nicht zu begegnen, die einem aus Cunos Munde immer wieder entgegenhallen und die, ohne auch nur ein fruchtbares Ergebnis zu zeitigen, die Gegenseite zwecklos herausforderten. Das Anklagepalast ist verstummt, die Erkenntnis, daß ein praktischer Schritt der Verständigung entgegengetan werden müsse, ist nicht mehr von Prestige-Erwägungen verdunkelt, die Grenzen abgesteckt, wo Deutschland ein Entgegenkommen beweisen kann und wo nicht, die Hoffnung auf ein französisch-englisches Bedürfnis endgültig verabschiedet. Die Rede hält Poincaré mit unleugbarem Geschick dort fest, wo er sich am sichersten verankert wähnt: bei seiner Forderung nach produktiven Pfändern und bei seiner immer wieder abgegebenen feierlichen Versicherung, daß er mit der Ruhrbesetzung rein wirtschaftliche und keine politischen oder gar annexionspolitischen Ziele verfolge. Die verlangten wirtschaftlichen Garantien erklärt sich nun die neue Regierung bereit, im weitesten Ausmaß zu geben, sie will auch die letzten verbleibenden Kräfte aus der der deutschen Privatwirtschaft unmittelbar in den Dienst der Sicherheiten und Reparationen stellen und verpflichtet sich zugleich, alles zu unternehmen, um die Vorausschaltung aller Zahlungen, die Valutagesundung, in die rechten Wege zu leiten. Da es Stresemann vermeidet, den von Poincaré als unannehmbar abgewiesenen Vorschlag, die deutsche Zahlungsfähigkeit durch neutrale Sachverständige untersuchen zu lassen, neuerdings zu unterbreiten, und da er auch das Londoner Reparationsdiktat von fünfzig Milliarden nicht weiter bekämpft, sondern höchstens die Bemessung der bisherigen deutschen Zahlungen als zu niedrig hervorhebt, räumt er viele Schwierigkeiten für direkte deutsch-französische Verhandlungen aus dem Weg, um dafür freilich das größte Hindernis klar und männlich zu betonen: den entschlossenen Willen Deutschlands, die Reichseinheit zu behaupten und Rhein- und Ruhrland politisch

unter keiner Bedingung preiszugeben. So unerschütterlich dieser Wille feststeht, so glücklich war die Formung, die ihm Stresemann verlieh. Nur der Drang nach Selbstbehauptung eines in seiner Existenz bedrohten Volkes sprach aus den Sähen, aber kein Schweregerassel, kein Auspeitschen nationalalltäglicher Instinkte war zu spüren. Und eben so wenig ließ der Reichskanzler einen Zweifel daran übrig, daß für die wirtschaftlichen Garantien Rhein und Ruhr ebenso zur Verfügung ständen, wie das übrige Deutschland; was das Volk nicht dulden könne und würde, sei vielmehr gerade eine Unterscheidung zwischen der Geranziehung dieser und der anderen deutschen Gebiete, weil eine solche Unterscheidung sich politisch-separatistisch auswirken müßte.

Wenn die Behauptung vom mangelnden Willen Deutschlands, die Konsequenzen aus seiner Niederlage zu ziehen und seinen Verpflichtungen an die Sieger zu erfüllen, Poincarés beliebteste, ja seine einzige Waffe war — die

Programme Hilferdings und Stresemanns winden ihm diese Waffe aus den Händen. Nicht nur der Erfüllung, sondern auch der loyalen Verhandlungswille der neuen Männer ist aller Welt klar geworden und was mehr ist: ihre Bereitschaft, der Ideologie des Gegners so weit als möglich Rechnung zu tragen. Im Prinzip ist eine Verständigung möglich, weil sich in keinem entscheidenden Punkte die Meinungen schroff gegenüber stehen, auch Poincaré müßte sie suchen, wenn er nicht alle Karten in die Hand Englands geben will. Die nächste Zukunft wird lehren, ob sich der französische Imperialismus mit dem ansehnlichen Gewinn, der sich ihm bietet, zufrieden gibt oder ob er in der unstillbaren Gier nach der ganzen Beute alles aufopfert. Denn darüber muß er sich klar sein, daß Deutschlands letzte Gesundungsmöglichkeit zur Diskussion steht. Wird sie durch Frankreichs Schuld verfaulend, geht mit Deutschland und Europa auch Frankreich zugrunde.

# Die Gemeindevahlen.

## Die Einberufung der Wähler- versammlungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Wählerversammlungen, wenn sie zur Zeit der ausgeschriebenen Wahlen und nicht unter freiem Himmel vorgenommen werden, dem Versammlungsgesetz nicht unterliegen. Es ist daher insbesondere nicht notwendig, Wählerversammlungen der Behörde anzuzeigen. Die Teilnahme polizeilicher Organe an den Wählerversammlungen ist im Gesetz nicht begründet und hat daher nicht stattzufinden. Daran wurde durch die tschechoslowakische Gesetzgebung, auch durch das Gesetz zum Schutz der Republik, nichts geändert.

## Die Deutschnationalen proklamieren den Kampf gegen alle Befragten!

Die deutschnationale Wagnsdorfer „Abwehr“ hat den Wahlkampf mit zwei langen Artikeln eingeleitet, in deren erstem zum Angriff gegen die Sozialdemokraten und im zweiten zum Zusatzmenschen der Befragten aufgeföhrt wird. Den Grund zum Angriff gegen die verhassten Sozialdemokraten bildet die Tatsache, daß unser Blatt gegen das — wie die „Abwehr“ selbst sagt — Tauschungsmandat der Koalitionsparteien protestiert hat. Die „Abwehr“ meint nun, daß „dieses Gesetz nicht recht verständlich“ sei, und sagt:

„Die Partei hat ihre Wahlvorbereitungen offenbar auf einen späteren Zeitpunkt eingestellt und in ihren ausgereichten Presseäußerungen schwingt sich über die Befürchtung mit, daß sie ihren Wahlapparat nicht zu der gewohnten Entfaltung bringen kann, die eine sichere Einflussnahme auf die Wählermassen gewährleistet.“

Daß die deutsche Nationalpartei von der plötzlichen Ausschreibung der Wahlen nicht überrascht war, glauben wir gern. Wer die nahen Beziehungen des tschechischen Industriellenverbandes, dem das Wahldatum von der tschechischen nationaldemokratischen Partei rechtzeitig bekanntgegeben wurde, zu den in der deutschen Nationalpartei organisierten Fabrikanten kennt, weiß natürlich, daß die deutsche Nationalpartei vom Wahl-

datum wahrscheinlich nicht überrascht gewesen ist. Sie braucht daher, dank der indirekten Informationen des Herrn Dr. Kramar, nicht zu „zeteren“.

Um den Wahlapparat unserer Partei braucht sich die Wagnsdorfer „Abwehr“, das Organ der Wagnsdorfer Großindustriellen, keine Sorgen zu machen. Insbesondere unsere Wagnsdorfer Genossen sind, wie wir sehr gut wissen, ausgezeichnet vorbereitet und die „Abwehr“ wird es tüchtig zu spüren bekommen, daß ihre Befürchtungen überflüssig waren.

Nach dem Angriff auf die Sozialdemokraten folgt sofort ein Aufruf an die — Hausbesitzer. Die deutsche Nationalpartei erinnert sich also zunächst nicht an die Gesamtheit der Wählerschaft, sondern an die Hausbesitzer. In diesem Aufruf wird gesagt:

„Das kann nicht so weitergehen! Alle, die etwas zu verlieren haben, müssen sich zusammenschließen, um der drohenden völligen Zerrüttung der Gemeindefinanzen entgegenzuwirken. Am 16. September sollen die neuen Gemeindevahlen stattfinden, die den Gewählten das Heft durch vier Jahre in die Hand geben. Hier heißt es eingreifen, um zu verhindern, daß die Verwaltung der Gemeinde abermals in die Hände von Leuten kommt, die blind darauf los wirtschaften, weil sie persönlich vom Ergebnisse ihrer Mißwirtschaft noch nichts zu spüren bekommen. An ihre Stelle müssen Männer und Frauen treten, die Verantwortung für ihre Maßnahmen in sich tragen und die wissen, welchen Schaden sie durch unnütze Ausgaben anrichten.“

„Leute, die blindlings draußwirtschaften“, das sind natürlich die Vertreter der deutschen Arbeiter in den Gemeinden. Das „Draußwirtschaften“ besteht nach der Meinung der Deutschnationalen vor allem in sozialpolitischen Wirken unserer Genossen. Es soll nicht für die öffentliche Gesundheitspflege gesorgt werden, es soll für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung nichts geschähen, das ist der Sinn des deutschnationalen Aufrufes.

Die deutsche Nationalpartei verdeckt also ihre innersten Gefühle nicht mehr, sie legt ihre Karten offen auf den Tisch und proklamiert den Kampf gegen alle wirtschaftlich schwachen Schichten der Bevölkerung!

# Der Reiter über den Bodensee.

Eine Ballade erzählt von einem Reiter, der über eine endlose und feste Eisfläche sein Pferd zum Ziele trieb. Als er ankam und in einem Wirtschaftshaus übernachtete, erzählten ihm die anderen Gäste: Die Eisfläche, über die du so ruhig geritten bist — das war der zugefrorene Bodensee. Als der Reiter hörte, über welche Todesbahn er geritten war, fiel er vor Schreck über die Gefahr, in der er geschwebt hatte, tot zu Boden.

Einen solchen Reiter über den Bodensee hat das deutsche Volk hinter sich. Ein jeder vor uns hatte eine Woche lang unter seinen Füßen das Chaos. Es war eine gefährliche, furchtbare Woche. Aber wir sind hinübergekommen und die Hauptsache ist nun, nicht in nachträgliche Angst und Sorge zu stürzen, sondern den Weg fortzusetzen bis ans Ziel!

Das bedeutsamste an den bisherigen Augustereignissen war die Tatsache, daß das deutsche Volk als Waffe und Kraft wieder einmal als Akteur aufgetreten war. Lange genug hatte der parlamentarische Aktivismus die ganze Macht in Händen. Und wie hat er sie gebraucht, verbraucht, verspielt! Aber im selben Augenblick, in dem das Volk auf die Bühne trat, hatte es einen vollen Erfolg. Das parlamentarische Parfüm ging schmutzstrick auf alle Wünsche der Bühne ein und der Kapellmeister, der eben noch mit Applaus vom ganzen Hause mit Ausnahme der Galerie empfangen worden war, nahm seinen Hut und ging nach Hause.

Wenn wir die Dinge schon heute historisch betrachten (und dem steht nichts im Wege), ist der Tag der deutschen Verfassung mit einer kleinen Revolution begangen worden. Denn, was anderes ist eine Revolution als ein Umsturz mit nicht verfassungsmäßigen, sondern mit selbstherrlichen, dynamischen Mitteln? Während nach der

Verfassung allein das Parlament der Regierung das Vertrauen entgegen kann, tat es diesmal das Volk. Alle Parteien mit Ausnahme der Beutelvölkischen und der Kommunisten waren für Cuno. Die angesagte Regierungskrise wurde schleunigst wieder abgelegt. Aber das Volk sagte Nein! Das Volk folgte nicht mehr den Parolen, Funktionärsbeschlüssen und Fraktionsresolutionen. Das Volk sagte Nein und da man dieses Nein oben nicht gleich verstand, erhob es sich, daß auf der Festinsel der Verfassungsfeier die Vierbecher zu purzeln begannen. Das verstand man und mit Hilfe des sozialdemokratischen Beschlusses, der Cuno das Vertrauen entzog, stürzte man den Reichskanzler schleunigst auf legale Weise, um den illegalen Sturz zu verhindern!

Wer diese Woche in Deutschland nicht mitgemacht hat, kann sich von ihrer Atmosphäre nur schwer eine Vorstellung machen. Schon seit Wochen, etwa seit Mitte Juli, fühlte man in Deutschland einen faulen und brenzligen Geruch. Etwas stinkt — das spürte jeder. Überall bemerkte man bedrohliche Symptome. Aber welcher Art waren sie? Die Reichen strömten plötzlich aus den Badeorten nach Berlin zurück. Die Baderreisen, die man vorhatte, wurden aufgeschoben. Wertwirdig, wie ganz allgemein die Unhaltbarkeit der Situation gespürt wurde. Der Dollar stieg von 50.000 auf 100.000, von 100.000 auf 300.000, von 300.000 auf eine Million. Jetzt wußte man — dieser Sprung kann nicht ohne einen Sturz zustande kommen.

In dieser Zeit machten sich zum ersten Male die Folgen der Devisenpolitik oder, genauer gesagt, des Devisenmangels bemerkbar. Schon lange hatten führende Wirtschaftskreise aus den Devisenverparierungen den einzig möglichen Schlüssel gezogen: daß wir nichts mehr im Ausland kaufen können, also vor einer Hungersnot stehen. Und nun begann sie. Zuerst spürte der Kleinhandel, daß nichts mehr da war. Die Einnahmen reichten nicht mehr zu, die

Warenlager auch nur zu einem Zehntel zu ergänzen. Am Donnerstag vor dem 11. August wurden zum erstenmal alle Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte geschlossen. Es war ein Wochentag, ein Arbeitstag — der Eindruck war lähmend. Die herabgelassenen Jalousien, die vorgezogenen Gitter hatten wir schon seit mehr als einer Woche, etwa seit den Tagen der Frankfurter Ereignisse gesehen. Man wußte nicht, wann Demonstrationen und Plünderungen kommen könnten, und leerte und vergitterte deswegen auf alle Fälle den ganzen Tag fast in der ganzen Stadt die Schaufenster. Aber nun waren auch die Läden geschlossen. Es gab nichts zu kaufen! Es gab keine Waren mehr! Die Hamsterkäufe, die Unmöglichkeit der Nachlieferungen, die unberechenbaren Preise, alles zusammen wirkte Chaos zengend. Die Währung stürzte ein mit der Wirkung eines Erdbebens! Und nun kam das Schlimmste: Es gab kein Geld mehr.

Furchtbar und sonderbar war es, wie auf einmal eine ganze Stadt, ein ganzes Land mit dem Hungertode in kürzester Zeit bedroht war. Die Unterschiede von reich und arm, ja selbst von In- und Ausländern hörten auf. Eine ganze Woche lang konnte man hundertmal täglich den Dollar, die nordische und die tschechische Krone, den Franken, den holländischen Gulden, selbst das Pfund zu einem Fünftel seines Marktwertes kaufen. Die Banken, die an allen Ecken schmarogende Wechselstuben hatten kein Geld mehr, Valuta auch nur zum kleinsten Bruchteil einzuwechseln. In den Cafés und Restaurationen zahlten die Fremden und viele heimische Valutenhamsterer eine Mahlzeit in fremder Valuta mit dem zehnfachen Preis. Das gemeinste Papier, die Reichsmark, war plötzlich zum gesuchtesten geworden, mehr als alle die Börsenpapiere, die seit Jahr und Tag im Kurszettel, weil unerhältlich, gestrichen sind. Denn die Geldnot war noch schlimmer als die Fleisch- und Fettnot. Mancher hatte ja auch seine geheimen Kaufquellen. Aber

Geldquellen, geheime Markbesitzer kannte niemand. Die Wirtschaft hörte mit einem Schlage auf. Es gab Geschäfte, die sonst überfüllt sind und die nun tagelang leer standen. Niemand kaufte mehr. Wer statt mit Schicksal bar bezahlen konnte, erhielt bis zu fünfzig Prozent Rabatt.

Die Situation bezog ihren Schrecken nicht nur aus ihrer Unentwirrbarkeit, sondern auch aus ihrer Plötzlichkeit. Die große Masse des Volkes, des politisch geschulteren Bürgertums hatte seit Monaten irgendeine Katastrophe erwartet. Welche — das wußte man nicht. Nur war sie in Form des gewaltigsten, umfassendsten Warenmangels da. In Form einer Geldnot, die täglich schlimmer wurde, in der Gestalt des politischen Chaos, des Bürgerkriegs.

Die Geldnot beginnt erst jetzt ihrem Ende entgegen zu gehen und ihren treffendsten Ausdruck findet die Geldentwertung in Notgeld. In allen Ländern staltet man die Scheine, die auf hohe Summen lauten, immer besonders aus. Infolge des Geldsturzes kommt die Regierung aber bei uns nicht mehr dazu, Wertunterschiede durch die Form auszudrücken. Macht sie es, dann wird sie plötzlich gezwungen, ein Vielfaches des schönen Scheines ganz unscheinbar auf den Markt zu werfen, nur damit Geld da ist. Da hatten wir dann das seltsamste Durcheinander. Einen riesigen Zehntausender, einen winzigen Fünftausender, neben ihm einen Fünfhundert, noch so groß, als ob er noch was wert wäre. Der Hunderttausender war noch ein violettes Bruntblatt, als schon ein ganz minderwertiger Fünfhunderttausender auf den Markt geworfen wurde. Und gleich darauf der Fünfmillionenschein, der nur noch einseitig bedruckt war, weil es sonst zu lange dauerte. Und nun haben wir schon den einseitig bedruckten Ein-, Zehn-, Zwanzigmillionenschein, aber wenn wir nicht bald wieder in Geldnot sein wollen, wird der Fünzig-, Hundert-, Fünfhundert- und Tausendmillionenschein mindestens noch im August in Druck kommen müssen. Wo kein Buch mehr unter

**Treuentscher Handschlag.**

Die Gemeinde Ladung im Duxer Bezirk wurde beauftragt, für die tschechische Minderheit eine Schulkasse zu errichten. Als nun in der Sitzung des Ortsrates die Räumlichkeiten für die Schulkasse beansprucht wurden, protestierten die Deutschbürgerlichen dagegen. Da machte der tschechische Gemeinderat Panak die Entdeckung, daß die Deutschbürgerlichen im Jahre 1919 ihm durch Handschlag versprochen hatten, sich für alle Forderungen der Tschechen in der Gemeinde einzusetzen, wenn diese verhindern, daß ein deutscher Sozialdemokrat zum Stellvertreter des Ortsvorstehers gewählt wird.

Im Kampfe gegen die deutschen Sozialdemokraten verbinden sich also die Deutschbürgerlichen mit dem tschechischen „Erbfeind.“ Das wird sie nicht hindern, im Wahlkampf wieder mit dem Märchen von der „Nationsfeindschaft“ der deutschen Sozialdemokraten haufieren zu gehen.

**Deutschnationale Rätsel.**

In der Dienstagnummer des „Nordböhmischen Tagblattes“ wurde zu einer öffentlichen Gemeindevahlerversammlung in Bünauburg bei Bodenbach geladen, über deren Verlauf wir in unserer Donnerstagnummer berichteten. Die Deutschnationalen suchen nun diese Blamage gutzumachen und so wurde in der Donnerstagnummer des „Nordböhmischen Tagblattes“ unter dem Titel „Angebliche Versammlung“ mitgeteilt, daß ein Irrtum unterlaufen sein müsse, da es sich nur um eine Parteibesprechung gehandelt habe. In der Freitagnummer des „Nordböhmischen Tagblattes“ wird wieder berichtet, daß die erste Meldung über die Versammlung der erste Irrtum und die donnerstägige Notiz der zweite gewesen sei. Das Blatt veröffentlicht eine Zuschrift der deutschen Nationalpartei in Bünauburg, in der es heißt:

„Wir erklären ausdrücklich, daß wir für Dienstag weder eine öffentliche Wählerversammlung einberufen hatten, noch auch eine Besprechung zwecks Aufstellung der Kandidatenliste abhalten wollten. Von wem die beiden Artikel in die Zeitung lanciert wurden, wer der Einberufer zu der Wählerversammlung war, ferner wer eine Besprechung abhalten wollte, bleibt uns nach wie vor ein Rätsel.“

An der Redaktion des „Nordböhmischen Tagblattes“ und bei den Nationalen in Bünauburg scheint einiges nicht in Ordnung zu sein. An der Zeitung hat man es längst bemerkt ...

**Wahlvorbereitungen unserer Organisationen.**

Die Landesorganisation Mähren hat Instruktionen an die Vertrauensmänner in einem kleinen Heftchen: „Ueber die dringlichen Arbeiten für die Gemeindevahlen“ und eine Zusammenstellung der Fristen herausgegeben. — Heute findet in Augg eine Sitzung der Kreisvertretung statt. Tagesordnung: „Die Gemeindevahlen“. — In Trautena und Wamsdorf fanden gestern Sitzungen der Kreisvertretungen statt, die sich mit den Gemeindevahlen befaßten. — Ferner findet heute in Bodenbach eine erweiterte Kreisvertreterversammlung statt, die sich gleichfalls nur mit den Gemeindevahlen befaßt wird. — Die Bezirksvertretung Joachimsthal hat für heute ins Joachimstaler „Volkshaus“ eine außerordentliche Bezirkskonferenz einberufen.

**Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.**

einer Million zu haben ist, von der letzten Augustwoche ab einige elektrische Stadtfahrten mehr als eine Million kosten, unter vierzig Millionen auch für den armen Proletarier nicht mehr zu leben ist, da gehört die Milliarden-Rechnung bald ins einfache Haushaltungsbuch. Im übrigen zeigen die Geldscheine dem Volk, was für einen Dred es an einer Million bekommt. Die überstemmten Stadtscheine wie in Berlin machen das besonders deutlich. Der elende Fünzigmarktschein kehrt mit dem roten Stempel „Eine Million“ in den Verkehr zurück. Da konnte jeder ohne national-ökonomische Kenntnisse wissen, was eine Million wert ist!

Als die Bourgeoisie merkte, daß die Papierwaggons Reichsmark nicht mehr ausreichten, die Arbeiter zu entlohnen, daß am 11. August in keinem kleinen, keinem großen Betriebe der Lohn auch nur zu einem Hundertstel ausgezahlt würde, als die Arbeiter merkten, daß die größte Lohn-erhöhung durch den Dollarturz in einer Stunde brutal entwertet wurde, da malle sich plötzlich allen Klassen und Schichten ihr Schicksal blutig rot ab. Jetzt fürchtete man den Ausbruch einer Revolution, gegen die der Novembersturz nur ein Kinderpiel gewesen wäre. Das zitternde Parlament bewilligte in wenigen Tagen alle sozialdemokratischen Finanzforderungen und die nationalistische Bourgeoisie ließ ängstlich den Kanzler des passiven Widerstandes gegen jede wirtschaftliche Tat in die Versenkung fallen.

Selten hatte man Gelegenheit, so deutlich die Bedeutung eines Staatsführers zu erkennen. Die entsetzliche Lethargie, die Cuno, der Unfähigste aller deutschen Unfähigkeiten, verbreitete, wirkte bis in die Volksmassen hinein. Raum war Cuno zurückgetreten, so spürte der einfache Mann auf der Straße einen neuen Aufstieg. An die Zeitungen, an das große Gerede um Stresemann glaubt niemand mehr. Die Zeitungs-mache macht es nicht mehr. Aber die Energie, die von jedem Nachfolger dieser unfähigen Schlafmütze

**Antwort der Regierung an die Berglette.**

**Allgemeine Ermäßigung der Kohlensteuer. — Tarifherabsetzungen beabsichtigt.**

Das amtliche Preßbüro veröffentlicht einen Brief, den der Minister für öffentliche Arbeiten namens des „erkrankten“ Ministerpräsidenten an den Abgeordneten Proziß als Vorsitzenden des Verbandes der koalitierten Bergarbeiter gesandt hat und der auf die Erklärung Proziß, die Verhandlungen würden sehr erleichtert werden, wenn die Regierung ihren Standpunkt zu einem allgemeinen Abbau der Kohlensteuer und Bahntarife bekannt gäbe, folgendermaßen reagiert:

Der Herr Ministerpräsident teilt mit, daß der Standpunkt der Regierung hinsichtlich der Ermäßigung der Kohlensteuer schon bei den Verhandlungen am 8. d. M. klar ausgesprochen wurde, als er im Namen der Regierung die Bereitwilligkeit aussprach, die Kohlenabgabe für die Steinkohlenreviere auf zehn Prozent von dem Preise der Kohle ab Grube zu ermäßigen. Obwohl dies unter der Voraussetzung geschah, daß der Ostrauer Konflikt ohne Streik auf der von allen Vertretern der beiden beteiligten Parteien gebilligten Grundlage beigelegt werden wird, besteht auch weiterhin noch die grundsätzliche Geneigtheit der Regierung, die Kohlenabgabe mit Rücksicht auf die für unsere ganze Produktion unerträglich hohen Kohlenpreise in weitgehendem Ausmaße zu ermäßigen.

Es ist natürlich, daß der gleiche Standpunkt auch für die Braunkohlenreviere gilt und daß auch dort die Regierung bereit war und ist, die Kohlensteuer in dem Maße herabzusetzen, als der Ermäßigung in den Steinkohlenrevieren entspricht, um ein gerechtes Verhältnis in den Preisen der beiden Kohलगattungen zu erzielen. Mit diesem Standpunkt waren auch die Informationen im Einklang, welche schon früher beide Parteien in dem Ministerium für öffentliche Arbeiten erhielten.

Die Last, welche der Staat durch die Ermäßigung der Kohlensteuer um den Betrag von annähernd 300 Millionen Reichsmark jährlich auf sich nimmt, ist außerordentlich beträchtlich, umso mehr als für den Rest des heurigen Jahres der budgetmäßige Ersatz des so entstandenen Abganges an Einnahmen überhaupt nicht gesichert ist. Man muß sich vergegenwärtigen, daß dieser ungeheure Betrag einerseits an den Ausgaben der Staatsverwaltung erspart werden und andererseits durch Erhöhung anderer Steuern, welche die ganze Bevölkerung treffen, ersetzt werden muß. Daher ist es sicher berechtigt, zu fordern, daß auch die Faktoren der Kohlenproduktion ihrerseits bis zur äußersten Möglichkeit zur Ermäßigung des Kohlenpreises beitragen. Damit ermöglichen sie sich und der übrigen Industrie den Absatz, der Arbeiterschaft Beschäftigung und allen Konsumenten Preisermäßigung der Kohle und anderer von der Kohle abhängiger Lebensbedürfnisse.

Die Ersparungen, welche dabei auch dem Staate und seinen Eisenbahnen zugute kommen werden, gedenkt die Regierung zu einer umfangreichen Ermäßigung der Frachttarife zu verwenden. Sie wird auch darauf achten, daß diese Ermäßigungen sich auch im Handel und überall zeigen, wo man dies mit Recht fordern kann. Es ist freilich klar, daß ein grundlegender Rohstoff, wie Kohle es ist, früher verbilligt werden muß als die auf sie angewiesenen Erzeugnisse, falls es überhaupt zur Verbilligung der Kohle kommen soll, ebenso wie auch die Verbilligung des Getreides, dieses grundlegenden Nahrungsmittels, früher eintrat als die gleiche Ermäßigung der Industrieprodukte.

**Der letzte Streiktag.**

Heute endet die erste Streikwoche, ohne daß — von der Erklärung der Regierung, deren Wirkung vorerst abzuwarten bleibt, abgesehen — eine Milderung in der Streiksache des tschechoslowakischen Bergbaues zu verzeichnen wäre. Die Hoffnungen, die wohl die ganze Bevölkerung an die Schlichtungsverhandlungen mit den nordwestböhmischen Bergbauunternehmern knüpfte, haben sich als falsch erwiesen; das Verhalten der Unternehmer ließ deutlich erkennen, daß es ihnen nicht so sehr um die Herbeiführung des Friedens im tschechoslowakischen Kohlenbergbau zu tun ist, daß dem Grubekapital nicht einmal die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Kohle am Herzen liegt, sondern daß die Gewerke weit mehr der Wunsch befeuert, ihren Bestrebungen, die Arbeiterschaft zu demütigen, zum Durchbruch zu verhelfen.

In der Streikfrage ist auch am sechsten Tage keine Veränderung eingetreten. Heute und morgen wird in allen Revieren den Lokal- und Revierstreikkomitees über die Situation und über die Beschlüsse, die in der letzten gemeinsamen Sitzung gefaßt wurden, Bericht erstattet werden.

Die Zentralstreikleitung ist — wie sie übrigens stets betonte — zu Unterhandlungen immer bereit. Sie lehnt es aber ab, das Zustandekommen von Verhandlungen durch förmliche Ersuchen oder Bitten herbeizuführen. Sie ist sich aber andererseits klar, daß auch die Unternehmer Verhandlungen nicht direkt verlangen werden.

Einige Werke im Ralovitzer Revier haben von den Streikenden verlangt, daß mit Rücksicht auf die ungünstigen Grubenverhältnisse die Aufnahme der Förderungsarbeiten bewilligt und daß gestattet werde, die geförderte Kohle auch zu verkaufen. Die Werke erklären, daß sie im ablehnenden Falle die Einstellung der Gruben verfügen müßten. Tatsächlich hat die Betriebs-einstellung des Unionshachtes, die von der Streikleitung beigelegte Grubenerhaltungsmannschaft bis auf den Pumpenwärter zurückgewiesen.

**Scharfe Beschlüsse in Odrau.**

Brag, 25. August.

Aus dem Zentralstreikaußschuß wird gemeldet: Gestern fand eine Konferenz der Gruppenvorstände und Betriebsratsmitglieder im Volkshause in Lagh statt, wobei über die Lage im Bergarbeitersstreik im Odrau-Karwiner Revier durch Sekretär Chrobak und über die Lage im Bergarbeitersstreik in der ganzen Republik durch Sekretär Bisal Bericht erstattet wurde. Nach Erstattung der Referate genehmigte die Konferenz das Vorgehen des Zentralstreikaußschusses in Prag und gelangte in diesem Sinne nachstehende Kundgebung zur Annahme:

„Die Konferenz der Betriebsratsvorstände und der Gruppenvorstände nimmt den Bericht der Referenten über die Streiklage in allen Revieren zur Kenntnis und stimmt mit der bisherigen Tätigkeit des Zentralstreikaußschusses überein. Der Kampf wird in absoluter Disziplin der gesamten Bergarbeiterschaft geführt und zeigt Aussichten auf günstige und erfolgreiche Führung und Beendigung des Kampfes. Es wird hervorgehoben, daß keine Herabsetzung der Arbeiterlöhne eintreten darf, solange die Preise der Lebensbedürfnisse nicht ebenfalls gefallen sind. Mit Rücksicht darauf, daß die Arbeitgeber bisher keinen Willen zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes gezeigt haben und auf der Herabsetzung der Löhne beharren, beschließt die Konferenz einmütig, daß genau nach den Aufträgen des Zentralstreikaußschusses und den Streikbestimmungen vorgegangen werde. Daher beschließt die Konferenz, daß von der zweiten Streikwoche ab, das ist vom 27. August, jedes Aufladen von Kohle, der für die Ausfuhr oder für den Transport bestimmt ist, eingestellt werde. Das Aufladen von Kohle

für die Ausfuhr wird als Streikbruch angesehen, und fordern wir die gesamte in den Gruben und Koffereien beschäftigte Arbeiterschaft auf, sich im Interesse der Unterstützung und des Gelingens des Kampfes darnach einzurichten. Wir appellieren an die gesamte Arbeiterschaft, unter keinen Umständen sich zu irgendwelchen Arbeiten verwenden zu lassen. Das solidarische Vorgehen der gesamten Arbeiterschaft im Kampfe gibt Hoffnung, daß die Vermessheit der Kohlenbarone gebrochen und die siegreiche Beendigung des Streiks gesichert werden wird.“

**Inland.**

Der slowakische „Abel“ meldet sich. Die alten Mächte erwachen wieder. Auch der slowakische „Abel“ sehnt sich wieder nach politischem Leben, besser gesagt, nach der ehemaligen Macht, die er unter dem alten Regime innehatte, als er die Gauleute und überhaupt die Exekutivorgane der Regierung stellte. Die „Ceskoslowakische Republik“ befaßt sich mit diesem „Wiederauwachen“ und sagt hierbei: „Er war lange genug im Hintergrund und wartete viellecht, ob nicht doch die alten Zeiten wiederkehren. Die Konsolidierung der Verhältnisse überzeugte viellecht auch ihn, daß er die alten Zeiten nicht erwarten könne und deshalb will er dem Beispiele Tulas folgen und sich um den Preis der Anerkennung der Republik und des Bekenntnisses zur slowakischen Nation am politischen Leben in der Slowakei beteiligen. Wir sehen wie sich die Karte wendet. Seinerzeit wollte Stur den ursprünglich slowakischen Adel gegen die Magyaren gewinnen, aber es gelang ihm nicht, weil dieser sah, daß die Macht bei den Magyaren und nicht bei den Slowaken ist. Heute wendet sich das Blatt und viellecht dreht sich Stur in seinem Grabe um, weil diese Genossen selbst um die Aufnahme in die slowakische Nation ansuchen und wieder nur deshalb, weil diese Nation heute die regierende ist, weil sie die Macht in Händen hat. Das sind die wahren Gründe, die sie zum politischen Leben veranlassen.“

Einbildung und Wirklichkeit. Weil die Regierung kein Mittel kennt, um die Wirtschaft aus der schweren Krise, in der sie sich befindet, herauszuführen, sucht sie sich und die Öffentlichkeit über das Vorhandensein der Krise hinwegzutäuschen. Einmal weisen die Statistiker nach, daß die Zahl der unterstützten Arbeitslosen abgenommen hat, dann treten wieder die Zeitungsschreiber in Aktion und schließlich üben sich die Minister selbst im Märchen erzählen. Jetzt hat bei Eröffnung der Preßburger Messe Handelsminister Koval eine Rede gehalten, in der er sagte:

„Die Industriekrise in den historischen Ländern hat abgenommen, die Lage hat sich bedeutend gebessert, speziell die Eisen-, Maschinen-, Textil-, Glas- und Porzellanindustrie sind besser beschäftigt.“

Genauere Angaben als Bestätigung für diese Behauptung geht am gleichen Tage durch die Mätker die Meldung:

„Am Samstag wurden in der Glasfabrik S. Glaser in Brüx bei der Lohnauszahlung 200 Arbeiter mit 1. September gelündigt.“

Während die Minister große Reden schwingen, werden also, so sagt unser Karlsbader Bruderblatt an einem Tage in einer Fabrik 200 Arbeiter auf Pflaster geworfen, wird die Not von mehr als tausend Menschen sichtbar, und mehr noch, die große, schier endlose, schier unüberwindliche Wirtschaftskrise, die zu immer neuen Entlassungen, neuen Betriebs-einstellungen, neuer Vermehrung des Massenelends führt und die nicht wegzudisputieren ist.

Ein Geschantrag zum Schutz der Posttauben. Die Regierung bereitet einen Gesetzesantrag vor, der die Zucht und Pflege der Posttauben prinzipiell der Militärverwaltung unterstellt. Mit ihrer Einwilligung können Posttauben auch von Privatleuten gehalten werden, doch müssen dieselben obligatorisch in Fachvereinen organisiert sein. Der Entwurf enthält weiter Bestimmungen über die Zeichen der Ringe, die Tauben angelegt werden usw. Durch diesen Entwurf soll die Gesetzgebung nach dem ausländischen Muster des Schutzes der Posttauben ergänzt werden.

**Telegramme.**

**Zwei Drittel Friedenslohn.**

Berlin, 25. August. (Eigenbericht.) Die Lohnkommission der Zentralarbeitsgemeinschaft ist zu einer Einigung über die Frage des Lohnindex gekommen: Unter Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands und der Notwendigkeit, den Export aufrecht zu erhalten, werden zwei Drittel des Friedenslohnes als ausreichender Reallohn angesehen.

**Havenstein neutert.**

Berlin, 25. August. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Zentralaußschusses der Reichsbank hielt Reichsbankpräsident Havenstein eine Rede, in der er die bisherige Devisenpolitik der Reichsbank verteidigte, zugleich aber neue Maßnahmen ankündigte. Nach der „Vossischen Zeitung“ hat Havenstein die Gedankengänge dieser Rede bereits vor einigen Tagen in einer Deutschrift an die Reichsregierung niedergelegt und zugleich mitgeteilt, daß er von seinem Posten nicht zurücktreten werde; damit ist die Reichsregierung gezwungen, die Staatsautorität gegenüber der Reichsbankleitung durchzusetzen. In dem polemischen Teil seiner Rede vertrat Havenstein den Gedanken, daß die Reichsbankpolitik von dem Prinzip der „Schonung

Erfreulicherweise wächst daher auch in den Volksmassen die Stimmung für eine Versöhnung und Verständigung mit Frankreich. Die furchtbare englische Entlassung hat uns auf den rechten Weg geholt. Ihn mutig zu Ende zu gehen, ist nunmehr die wichtigste Aufgabe. Haben wir diesen Mut nicht, dann kommt die Katastrophe unweigerlich wieder. Aber dann sehen wir bestimmt nicht zum zweiten Male über den Abgrund. Dann stürzen wir bestimmt hinein!

Felix Stoessinger (Berlin).

der Wirtschaft" ausgehen müsse, und schlägt wertbeständige Kredite, beschränkten Geldumlauf und beschränkte Ausgabe von Goldzertifikaten vor. Diese Gedanken stehen in so starkem Gegensatz zu den programmatischen Erklärungen der Reichsregierung, daß dieser nicht überhört werden wird, als den Reichstag zusammen zu berufen, um Hakenstein endgültig zu entfernen. Die Reichsregierung soll nach der "Vossischen Zeitung" diese Absicht bereits Hakenstein brieflich mitgeteilt haben.

Heute vormittags hat unter den Angestellten der Reichsbank eine Urabstimmung begonnen, die darüber entscheiden soll, ob die Aufhebung der Maßregelung des Betriebsratsobmanns Grohmann durch Arbeitsniederlegung erzwungen werden soll. Eine Vermittlungskommission des Völkischen Bundes hat bis zur Stunde noch kein Ergebnis erzielt. Auch der Reichsarbeitsminister will nun den letzten Vermittlungsversuch machen. Heute nachmittags werden die Angestellten-Funktionäre der Reichsbank und der Reichsdruckerei über das weitere tatsächliche Vorgehen beschließen.

**Eine Unverschämtheit Ludendorffs.**

München, 25. August. (Fich. P.) Die "Sozialistische Münchner Post" hat vor einiger Zeit von Ludendorff als dem großen Kriegsverlängerer geschrieben, weshalb der angegriffene General nunmehr eine gerichtliche Klage wegen verleumdender Angriffe (!) gegen das Blatt anstrengt hat. Dem Prozeß, der für Ende September angesetzt ist, dürfte große politische Bedeutung zukommen, da die besagte Partei neben anderen Persönlichkeiten Männer wie den Prinzen Max von Baden, den letzten Kanzler des Kaiserreiches, ferner den General Hofmann, der den Frieden von Brest-Litowsk diktierte, und den österreichischen Feldmarschall Höbenдорff als Zeugen und Sachverständige vernehmen lassen wird.

**Franzosenherzhaft.**

Berlin, 25. August. Wie die "Vossische Zeitung" aus Frankfurt a. M. meldet, sind französische Kavallerie- und Artillerietruppen in mehrere bisher unbesetzte Ortschaften eingerückt, so in Stockstadt und Gobbelsau.

Berlin, 25. August. Die "Rote Fahne" meldet aus Düsseldorf, daß die französischen Besatzungsbehörden sämtliche kommunistische Zeitungen im Ruhrgebiet verboten haben.

**Wiens müßergültige Gemeindefirtschaft.**

**Übernahme der Stadtbahn.**

Wien, 25. August. (Eigenbericht.) Der Bürgermeister von Wien hat heute an die Kommission für die Verkehrsanlagen, welche die Wiener Stadtbahn verwaltet, eine Zuschrift gerichtet, worin er mittelst, daß sich die Gemeinde bereit erklärt, die Wiener Stadtbahn zu übernehmen und den Dampftrieb auf elektrischen Betrieb umzuwandeln. Die Gemeinde beansprucht nicht das Eigentum an der Stadtbahn, sondern begnügt sich mit einer dreißigjährigen Pachtbauer und ist bereit, sofort nach Übergabe der Anlagen mit der Elektrifizierung zu beginnen; die Investitionskosten werden mit 170 Milliarden berechnet.

**Die österreichische Volkswehr sozialdemokratisch.**

Wien, 25. August. (Eigenbericht.) Von den Wahlen der Soldatentrustensmänner werden wieder eine ganze Reihe von Resultaten bekannt, die einen Sieg des sozialdemokratischen Militärverbandes bedeuten. In Oberösterreich haben die Sozialdemokraten insgesamt 2058 Stimmen, die Christlichsozialen 51; in Salzburg ist das Verhältnis 489 zu 48, in Vorarlberg 208 zu 53. Die Wahlen in Wien haben den Sozialdemokraten überall etwa neun Zehntel der Stimmen gebracht; bei einzelnen Kompagnien haben die Christlichsozialen überhaupt keine Stimme bekommen.

**Der Kampf um Triume.**

Mailand, 24. August. Die gemischte Kommission für Triume ist heute nach der Rückkehr des jugoslawischen Delegierten Dr. Rybat neuerdings in Rom zusammengetreten. "Corriere della Sera" und "Stampa" erklären, es bestehe diesmal Hoffnung auf Erzielung einer Verständigung. Die Meldungen der Presse, insbesondere der jugoslawischen, über verschiedene bereits genehmigte Lösungen sind phantastisch und stören nur die Arbeit. Die römischen Blätter erklären, Mussolini sei berechtigt gewesen, sich darüber zu beschweren, daß die jugoslawische Regierung die einseitige Regelung der noch restlichen Fragen ausfalle. Falls das Finanzproblem nicht bis Ende August gelöst sein wird, behält sich Italien seine Handlungsfreiheit vor.

**Spaniens "Sieg" in der Heimat.**

Madrid, 25. August. (Gavas.) In Malaga wurden wegen des Versuches, eine Revolte herbeizuführen, 16 Soldaten und 2 Zivilisten verhaftet.

Albas, 25. August. (Gavas.) Da der Streik ausgesetzt verhaftet wurde, ist die Arbeit im normalen Ausmaße wieder aufgenommen worden.

**Tages-Neuigkeiten.**

**Besuch in Nieder-Schönfeld.**

Von Hans Wesemann.

Eine Stunde lang geht man von der kleinen bayerischen Station nach der Festung, immer an gemähren Feldern und leuchtenden Wiesen vorbei, umschwärmt von Müllern und mit dem freien Blick auf reiche Höhenzüge in der Ferne. Aber stärker zieht eines immer wieder das Auge an, ein kleiner weißer Würfel mit schwarzem Strichwert darauf, der inmitten roter Dächer und grünem Laube sich behauptet als Mittelpunkt dieser idealisierenden Landschaft, die er bestimmt. Man weiß es gleich: Das ist das Gefängnis.

Gärten mit bunten Blumen rahmen die Festung ein, in den Gassen des kleinen Dorfes schnattern Gänse, und aus den Höfen her stampft die Dampfmaschine. Wie gerne glaubte man an ein Idyll! Aber hinter den hohen Spalieren sieht das schärfere Auge starke Mauern, Stacheldraht ist kunstgerecht mit dichten Laubengängen verflochten und überall zweckmäßig versteckte Posten mit Flinten und Signalpfeifen, von großen Stunden begleitet, deren Wachsamkeit jede noch so schnelle Flucht vereiteln müßte.

In der Wachtstube dann lautes Verhör. Zwar hat mir die hohe bayerische Obrigkeit nach zweimaliger Verweigerung eine Stunde Besuchszeit gewährt, aber da ich erstens aus Berlin komme und zweitens, wie mir der Herr Festungsvorstand erzählt, Toller eine staatsgefährliche Person ist, müssen bestimmte Vorsichtsmaßregeln beachtet werden, als da sind: Unterredung unter Aufsicht und die eidesstattliche Versicherung, daß ich keine Aus- und Einbruchswerkzeuge zur Gefangenbefreiung einschmugge. Ein kleiner Strauß von Wiesenblumen erregt Aufmerksamkeit, er wird durchsucht auf versteckte Papiere. "Die verschiedenen Farben könnten ja ein Signal bedeuten, wir haben schon so etwas erlebt."

Dann darf ich Toller sehen. Durch lange Gänge werde ich eskortiert, sechsmal wird auf- und zugeschlossen. Schließlich am Ziele vor einer Gittertür, die einen langen Gang abschließt, ein Strahlungslicht durch die Gitter und mit scheuer Regier mustert er uns, Wärter sammeln sich, flüsternde Beratung. Ich werde in die Sprechzelle geführt, ein Posten mit Gewehr über bleibt an der Türe. Gleich darauf kommt Toller. Wir halten uns einen Augenblick schweigend an der Hand, zueinander Erinnerung und Bewußtsein, um jetzt zu reden. Dann sitzen wir an dem kleinen Tisch und reden. Keine Politik, die ist verboten und bleibt auch belanglos bei so vielem Wichtigerem. Ich frage nach seiner Arbeit. Er lächelt, zeigt mir Manuskripte, ein lyrisches "Schwalbennest". Der Inhalt ganz gelöst, Klang, Träumerei, sehr flüchtiger Flug der Seele über Gefangenschaft und lastende Einsamkeit hinaus. "Als ich die langen Monate in Einzelhaft sah, waren diese kleinen Vögel meine einzigen Freunde, ich müßte das Buch für sie schreiben — und diese kleinen Dinge sind so wichtig und schön, wenn man nur einmal Zeit für sie übrig hat. ..."

Ich denke an die Worte vom "roten General", und alle die kriegerischen Vorbereitungen erscheinen mir plötzlich lächerlich und sinnlos. Sie töten den Geist nicht, auch wenn sie mit allen kleinen Mitteln der Schilane und Niedertracht arbeiten. Manchmal ohne Papier und Tinte, aber wenn sie wochenlang mir die Post vorenthalten, ist es ja schwer aber ... Hier fällt ihm der Wärter ins Wort und verbietet jedes "politische" Wort. ...

Ich erzähle von dem Arbeiterjugendtage in Rürdenberg, spreche von ihrem schönen Wute, ihrem Zukunftsplan und ihrem Ernste, ein neues Leben herbeizuführen. Toller hört lächelnd zu. "Ich bekomme oft Briefe von jungen Menschen, die sind mir immer die liebsten, sie sind so ehrlich und unabsichtlich, grüßen Sie alle jungen Freunde von mir."

Die Zeit vergeht. Der Wärter mahnt. So viel wäre noch zu besprechen. "Also nun ist es ja nur noch ein Jahr, und das geht ja auch herum, wenn man mir nur einen Spezialarzt gestatten wollte, das ist mein einziger Wunsch an Euch da draußen." Wir reichen uns zum Abschied die Hände, unwillkürlich sehen wir durch das kleine Gitterfenster nach dem Sommerhimmel. "Ich seh sie von meiner Szene aus kommen. Ich kann das ganze weite Land sehen, obwohl ich nie hinauskomme. Aber es ist schön, alles zu sehen." Wir gehen die paar Schritte zur Türe, gleich ist der Besuch zu Ende, da sagt er halblaut und fast für sich: "Wenn ich rauskomme, dann gehe ich für einige Zeit ins Weite, ins Freie, irgendwohin, aber dann möchte ich ganz allein sein."

Kurzer Abschied. Grüße an alle Freunde. Wieder Türeuschließen und Schlüsselbrechen. Ich bin draußen. Durch Sonnenglut und Mittagshitze geht der Weg zurück. Ich sehe mich nicht um, aber ich fühle das Gefängnis im Rücken.

**Die Geldquellen der Patentkreuzer.** Man schreibt der "Münchener Post": Daß die Nationalsozialistische "Arbeiter" Partei von der Industrie fortgesetzt Geldbeiträge erhält, geht auch aus einer unverblühten Textnotiz hervor, die wir in Nr. 106 des "Völkischen Beobachters" vom Sonntag-Montag, den 19. bis 20. August, finden. Unter der Überschrift: "Bezug preiswertester Lebensmittel", heißt es: "Wir machen unsere Parteigenossen, Freunde und Leser des 'Völkischen Beobachters' auf das in der heutigen Nummer enthaltene Inserat der Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft, G. m. b. H. in Hamburg 5, aufmerksam. Die Firma ist als ein rein deutsches Unternehmen durch günstigen Einkauf in der Lage, preiswert zu liefern. Noch dazu unterstützen alle diejenigen, die bei dieser Firma einkaufen, indirekt unsere Bewegung, da die genannte Firma von dem Umsatz, den das Inserat bringt, für unsern Kampffonds eine Entschädigung beisteuert. Bei Bestellungen ist also notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Bestellung durch das Inserat im 'V. B.' vorantastet ist." Merkwürdigerweise war das "Inserat" — wie kann sich ein "Arenbeutisches" Blatt nur so weit vergessen, ein undeutsches Fremdwort anzuwenden — in der betreffenden Nummer des Patentkreuzers nicht zu finden.

Die furchtbare Not in Berlin. Aus Berlin wird gemeldet: In der abgelaufenen Woche hat die Zahl der Selbstmorde mit 25 in Groß-Berlin einen Rekord erreicht. In allen Fällen gibt der Polizeibericht als Ursache Nahrungsorgen an.

Der 17. internationale Antialkoholongress in Kopenhagen. Auch Kopenhagen wird uns vom 23. August geschrieben: Die internationalen Antialkoholongresse sind schon seit 40 Jahren der Treffpunkt aller, die sich am Kampfe gegen den Alkoholismus beteiligen. Das gilt auch von diesem Kongress, der über 300 Teilnehmer zählt. Nach der Begrüßungsfeier, im Odd Fellow Palais, an der über tausend Alkoholgegner Dänemarks und des Auslandes teilnahmen, sprachen die hervorragendsten Vertreter der Wissenschaft und politischen alkoholgegnerischen Arbeit, u. a. auch Abgeordneter Genosse Hollitzer aus Norðabod.

Der amerikanische "Water des Prohibitionsgegesetzes". Abgeordneter Volstead, wurde stürmisch begrüßt. Die Eröffnung des Kongresses fand am Montag Vormittag im Studentenhause statt. Es sprach Dr. Kraah, der dänische Innenminister neben einer Reihe von Vertretern fremder Regierungen (es sind 31 Regierungen offiziell vertreten.) Der amerikanische Delegierte, der großen Verdienste des Präsidenten für das Alkoholverbot gedenkend, versicherte, daß sein Nachfolger Coolidge das vollstrebendste Werk weiterführen wird. Die Vertreter nordischer Staaten konnten bei aller diplomatischen Höflichkeit nicht verschweigen, daß Frankreich, Spanien und Portugal ihnen beträchtliche Mengen Luxusweine durch Handelsverträge aufzuzwingen und dadurch bereits beschlossene Gesetze gegen die Trunksucht vereiteln, desto sonderbarer Kragen dann die Worte des französischen Delegierten, der offen jede Unterstützung im Kampfe gegen den Wein absagte; wie gewissenhafter war dagegen der Standpunkt der Schweizer Regierung, welche, um neue Absatzgebiete für die Weinerte zu schaffen, die alkoholfreie Früchteevertierung zu studieren gedankt! — Die weiteren Verhandlungen des Kongresses brachten medizinische Referate (Professor Westergaard, Professor Olbricht, Professor Laitinen, Dr. Hindbedel, aesehaberische Abgeordneter Volstead, E. Kharan u. a.), die sich mit der amerikanischen, finnischen und isländischen Prohibition, mit dem Gemeindebestimmungsrecht und anderen Gesetzen befaßten, sowie einige Referate über die Jugendbewegung, die zu den erfreulichsten der ganzen Verhandlungen gehörten, da sie die ganze Kraft und den Mut der Jugend widerspiegeln. Kesselnd war auch die Debatte über die amerikanische Prohibition, wo entschiedene Prohibitionsfreunde (besonders Amerikaner) mit europäischer Kritik zusammentrafen, wobei beide Lager mit strena wissenschaftlichen Argumenten arbeiteten. Das Ergebnis war: die Prohibition hat zweifellos große Erfolge in der sozialen Hebung breiter Volksschichten erzielt, hat die Zahl der Verbrechen verkleinert und auch den Gesundheitszustand des Volkes verbessert. Jedoch ist der Säuamuel aus dem Ausland noch beträchtlich; die amerikanischen Delegierten haben die Hoffnung ausgesprochen, auch diesen bei internationaler Mitarbeit zu überwinden. Gleichseitig fand ein Kongress abstinenter Eisenbahner statt, an dem auch Genosse Ulrich (Wann) teilnahm, und eine Reihe weiteren Beratungen.

Der Ausbau des britischen Luftschiffverkehrs. Das englische Luftschiffverkehrsministerium beabsichtigt, drei Typen von Luftschiffen zu konstruieren, welche für den Luftschiffverkehrsverkehr in Anwendung kämen. Der erste Typ soll für den Verkehr auf den europäischen Luftschiffverkehrsweegen, der zweite für den Verkehr auf den Regierungstrecken verwendet werden. Diese Flugzeuge würden mit elektrischen Hochmaschinen, einer genügenden Menge von Trinkwasser und einer Frunkabine versehen sein. Sie würden einen elektrischen Apparat besitzen, welcher Wasser zur Abkühlung der Luft im heißen Gebenden zerstäuben würde. Zusammenlegbare Tische würden zur Bequemlichkeit der Reisenden dienen. Auch wären kleine Eisbüden in diesen Flugzeugen platziert. Die Flugzeuge müßten die Eignung besitzen, bis zu einer Höhe von 10.000 Fuß zu fliegen und würden einen genügenden Vorrat von Petroleum und Öl für eine 1200 englische Meilen lange Fahrt bei einer Schnelligkeit von 90 Meilen per Stunde mit sich führen. Der dritte Flugzeugtyp würde für den Reisendenverkehr nach dem nahen Osten dienen und hätte eine ähnliche Einrichtung für die Bequemlichkeit der Reisenden, wie das Flugzeug des zweiten Typs.

Der Goldschiff der "Laurentie". In den letzten Monaten arbeitete das englische Admiraltätsschiff an der Rettung des Goldschiffes, welches in dem der Gesellschaft White Star gehörigen Linienenschiffe "Laurentie" hinterlegt war. Dieses Schiff war vor sieben Jahren an der irischen Küste torpediert worden. Man hält dafür, daß der "Laurentie" — bevor er sank — etwa fünf Millionen Pfund Sterling in Gold an Bord führte. Das gescheiterte Schiff liegt in einer Tiefe von 120 Fuß unter der Oberfläche. Zur Zeit der Rettungsarbeiten waren ungefähr ein Duzend Taucher unter dem Wasser und 60 Matrosen über dem Wasser beschäftigt.

Ein neuer Goldbergbau in Ränien. Eine von der Bleiburger Aktiengesellschaft begründete Aktiengesellschaft beabsichtigt, die seit alterher bekannten Goldlager in Ränien im Lavantale aufzuschließen. In Ränien wurde schon vor etwa 400 Jahren durch die Augsburger Fugger, jedoch nach den damaligen unzureichenden Methoden, Gold geschürft. Mit den modernen technischen Hilfsmitteln rechnet man auf ein reiches Erträgnis, da die Räninger Erze besonders hochwertig sein sollen: fünf- undzwanzig bis dreißig Gramm Gold per Tonne, während die meisten sibirischen und alaskischen Erze einen Goldgehalt von oft kaum fünf bis sechs Gramm dennoch hohen Gewinn abwerfen. Die Abbauverhältnisse in Ränien sollen sehr günstig liegen.

Internationaler Polizeikongress in Wien. Montag wird im großen Sitzungssaal des Polizeidirektionsgebäudes auf dem Schottenring in Wien der internationale Polizeikongress eröffnet werden. Zum Kongress finden sich auch der Polizeipräsident von Prag und die Polizeidirektoren von Kaschau und Breslau ein. Es sind wichtige Referate vorgesehen, darunter über die Auslieferung der verhafteten internationalen Berufsverbrecher und die Durchführung der Ausweisung bereits Verurteilter. Auch die Polizeidirektion Prag erstattet ein Referat.

Oberleutendant — in Deutschland. Vor einigen Tagen wollte, wie die Blätter melden, eine Partei um Viertel 7 Uhr abends beim Postamt in Komotau an Telegraphenschalter ein Telegramm nach Oberleutendant aufgeben. Der junge tschechische Beamte wies die Annahme mit der Begründung zurück, daß er um diese Zeit Telegramme nach Deutschland nicht mehr annehmen könne. Erst nach erfolgter Belehrung durch ältere und einheimische Beamte wurde dem Verlangen der Partei entsprochen.

Die Egerer Ausstellung. Für den Vortrag der am Samstag stattgefundenen Eröffnung wurde von der Leitung der Ausstellung ein Pressebuch veranstaltet, an welchem sich zahlreiche Vertreter der Inlands- und Fremdpresse beteiligten. In dem größten Objekt der Ausstellung mit 2600 Quadratmeter fällt insbesondere die Ausstellung des Ministeriums für Landwirtschaft auf, welche die Lehrmittelerzeugung für die landwirtschaftlichen Schulen in einer bisher nicht gebotenen Uebersichtlichkeit und Vollständigkeit zeigt; daselbst Ministerium hat auch statistische Tabellen über bäuerliche Buchführung sowie eine Exposition "Kampf gegen die Ranne" nach Gyr gebracht. Erwähnung verdienen ferner die Maschinen- und die Gewerbeschule, das Zeit der Autoindustrie, die Tierzucht, der Feuerwappavillon und das Forthaus. Alle Aussteller haben ein spezielles Gewicht auf die Belehrung und Erziehung in landwirtschaftlichen Dingen gelegt.

Reise vom staatlichen Schulbuchverlag. In dieser, von uns vor einigen Tagen gebrachten Notiz wird uns von der Staatlichen Verlagsanstalt berichtet: Der Staatlichen Verlagsanstalt wurde eine größere Anzahl der alten Ausgabe des Sprachbuchs Teil F zum Umlaufe gegen die neue Ausgabe gesendet. Diese Exemplare wurden zwecks Verstoßung im Magazine separat aufbewahrt. Durch ein unglückliches Versehen eines nicht informierten Angestellten wurden diese Bücher in zirka 250 Exemplaren bei einigen Bestellungen expediert. Die Staatliche Verlagsanstalt hat bereits nach vor Veröffentlichung der bezüglichen Notiz Maßnahmen getroffen, daß die genannten Sprachbücher von den Bestellern zum Umlaufe gegen die Neuausgabe rückgesendet werden. Sämtliche in der Staatlichen Verlagsanstalt verlegten Lehrbücher sind umgearbeitet worden.

Verhaftung des Gendarmenmörders Vila. Nach einer Meldung der politischen Bezirksverwaltung in Raaden ist gestern früh der Mörder des Gendarmen-Oberwachtmeisters Magez aus Fünshunden Alois Vila von der Gendarmenrie in Zahofan verhaftet und dem Brüger Kreisgerichte eingeliefert worden. Vila hat eine schwere Bauverletzung.

Absturz eines Autos in eine 15 Meter tiefe Schlucht. Auf dem Grimsepaß ist am Freitag mittags ein französisches Automobil etwa 15 Meter tief in eine Schlucht gestürzt. Der Fahrer des Automobils wurde schwer verletzt. Auch die Insassen trugen Verletzungen davon. Ein Postautomobil brachte die Verletzten nach Glesch.

Ein Raubtod von einem Auto überfahren. Ein Jungherder Weingroßhändler fuhr am letzten Sonntag mit seinem Auto durch sein Jagdgebiet im Unterinntal und brachte dabei auf eigenartige Weise einen kapitalen Raubtod zur Strecke. Das seltene Tier sprang nämlich blümlings von die Räder des Autos und wurde glatt überfahren.

Raubüberfall in Wildbad. Eine in Wildbad (Württemberg) zur Kur weisende Kranke aus Griechenland ist das Opfer eines Raubüberfalles ihrer eigenen Landsmänner geworden. Die beiden Verbrecher hatten unter dem Namen Hippolus und Pofanis in der gleichen Pension Wohnung genommen, in der seit einigen Tagen die Griechin wohnte, und hatten angegeben, Studenten an der Berliner Universität zu sein. In einem günstigen Augenblick fielen sie über ihre Landsmännin her, fesselten sie und raubten ihr dann 150 englische Pfund, 200 Francs, 20 Dollar, 1285 Drachmen und 350 Dinar. Wie festgestellt wurde, fuhrten sie mit der Beute in einem Automobil von Wildbad nach Baden-Baden und von dort mit dem Schnellzug nach Berlin ab. Wahrscheinlich werden sie dort versuchen, das ausländische Geld bei Banken oder Wechselstellen umzuwechseln. Das Raubvergehen des Berliner Polizeipräsidenten ist von dem Verbrechen sofort in Kenntnis gesetzt worden und hat bereits die erforderlichen Maßnahmen ergriffen.

Zusammenstoß zweier Postzüge. Auf dem Bahnhofe in Jemelle (Belgien) stießen zwei Postzüge zusammen. Hierbei wurden zwei Personen getötet und zehn verletzt.

**Witterungsübersicht am 26. August.** Der Freitag war in der Republik bei zeitweiser lebhaftem Südostwind heiter und warm, doch wurden 30 Grad Celsius nur ganz vereinzelt erreicht oder etwas überschritten (Prag, Mitteleuropa, Lublitz). Der südliche Hauptausläufer der über Skandinavien angelegten Depression ist nur sehr langsam durch das mitteleuropäische Binnenland ostwärts fortgeschritten, so daß die Westhälfte Schwäbisch von der Wolkendecke erst nachmittags, von der Regenfront erst in der letzten Nacht erreicht worden ist; der Niederschlagsbetrag blieb unter zehn Millimeter. Preßburg hatte nachts ein Gewitter, sonst war der ganze Osten des Staates bis Samstag früh noch unbefleckt, jenseits der Waag sogar noch ziemlich heiter und warm (16 bis 20 Grad C.); hier dürfte es sich erst heute verschlechtern. Trotzdem sich, in Verlängerung jenes Ausläufers, auch südlich der Alpen ein Depressionskern gebildet hat, dürfte auch die gegenwärtige Wetterströmung nur kurz dauern. Das Verbleiben einer tiefen Depression über den Atlantik beanlagt zunächst eine rasche Auffüllung des Binnenlandes mit höherem Druck. Daher ist namentlich für den Westen des Staates, mit einer raschen Besserung zu rechnen. Lange Dauer verspricht diese nicht. — **Wahrscheinliches Wetter am 26. August:** Westhälfte der Republik: Im ganzen schön, wärmer werdend. — Osten: Wetterbesserung, relativ kühl.

**Prager Chronik.**

**Das Plakatieren in der Elektrischen.**  
Im Interesse des fahrenden Publikums hat das Eisenbahnministerium verfügt, daß die die Aussicht in den Trambahnwagen behindernden Plakate von den Fenstern beseitigt werden müssen. Plakate dürfen fortan nur an den Deckflächen der Motor- oder Beiwagen der elektrischen Straßenbahn angebracht werden.

**Aus dem Polizeibericht.**

**Der efflährige Schüler Ottokar Abraham** aus Prag-Altiadt wollte Freitag abends auf der Glabfabrike das Geleise der Straßenbahn passieren und geriet dabei unter ein Auto, das der Chauffeur Adolf Planicka lenkte. Der Knabe wurde auf das Pflaster geschleudert und war auf der Stelle tot. Der Chauffeur wurde verhaftet und das Auto in das Gebäude der Polizeidirektion gebracht. — Freitag nachts wurde in der „City Bar“ in Prag-Altiadt eine Gesellschaft von 20 Kartenspielern beim Sarsaparilla Spiel „Meine Tante, deine Tante“ ertappt und der in der Klasse befindliche Betrag von 779 K beschlagnahmt. Von den Gafardspielern wurden neun Personen in Haft belassen, da sie schon mehrere Male wegen Gafardspiels vorbestraft wurden. Es sind dies: der 44jährige Kellner Sabid vom Karlsplatz, der 29jährige Gafardspieler Adolf Danzil aus Weinberge, der 27jährige Student Vladimir Fiala aus Weinberge, der 23jährige Handelsreisende Wenzel Vosal aus Zizlow, der 23jährige Geschäftsmann Alfred Stala aus Zizlow, der 23jährige Geschäftsmann Jar. S. Cerny aus Zizlow, der 43jährige Kellner Rud. Jizlka aus Brschowitz, der 20jährige Geschäftsmann Wenzel Sabich aus Zizlow und der 23jährige Handelsreisende Milan Pinus aus Minsk in Rußland.

**Errichtung von hädlichen Autobuslinien.**

Da die Errichtung beziehungsweise Verlängerung von einzelnen Straßenbahnlinien in der entlegeneren Vororte von Prag sich als unrentabel erwiesen hat, will man in Zukunft den Bau von solchen unrentablen Straßenbahnlinien dadurch vorbeugen, daß man — wie das deutschsprachige Regierungskomitee meldet — von den Endstationen einiger Straßenbahnlinien gewisse Vororte durch städtischen Autobuslinien verbindet, um die Rentabilität dieser Strecken erst zu erproben, bevor man auf ihnen Straßenbahnlinien legt. Für die Errichtung dieser hädlichen Autobuslinien kommen fürs erste die Vororte Kobylis, Jabohlie und Branik in Betracht. Die Autobuslinie nach Kobylis soll schon in diesem Jahre errichtet werden. Das Projekt der Autobuslinien befindet sich gegenwärtig jedoch erst im Verhandlungsstadium und dürfte im Herbst definitiv gelöst werden. Die Passagiere der Autobusse sollen nach dem bestehenden Plane das Umsteigerecht auf die elektrische Straßenbahn haben.

**Kleine Chronik.**

**Wie der Druckfehlerstein in die Welt kam.** Seit Gutenberg die „schwarze Kunst“ erfand, haben sich auch die Druckfehler eingeschlichen, die Zeiger und Velez offen. Sehr bald gab man dem Kobold, der auf diese Weise mit ertreten Dingen sein Spiel treibt, den Namen des Druckfehlersteins. Die Bezeichnung ist bereits in den Offizinen des 15. Jahrhunderts angekommen, und zwar kam sie von den Druckerlehrlingen her, die die frischgedruckten Bogen herumtrugen. Diese Lehrlinge waren meist mit Drucker- und schwarze über und über beschnitten, und da den damaligen Menschen die Döle und die schwarze Farbe des Gottesbebens noch näher lag als uns heute, so nannte man sie einfach „Teufel“, wogu auch der Glaube beitrug, daß es beim Drucken nicht mit rechten Dingen zugehe und die Erfinder dieser „schwarzen Kunst“ mit bösen Mächten im Bunde ständen. Nach einer Sage soll der große venezianische Drucker Aldus Manutius den Anlaß zur Entdeckung des „Druckerteufels“ gegeben haben. Er beschäftigte in seiner Druckerei einen Negernaben, der ihm von einem Kaufmannschiff zurückgelassen war. Dies gab zu dem Gerüchte Anlaß, der kleine schwarze sei ein Teufel. Deshalb zeigte ihn der Drucker öffentlich auf dem Markt und sagte: „Hierdurch stelle ich, Aldus Manutius, Drucker der Heiligen Kirche und der Dogen, diesen „Druckerteufel“ öffentlich aus, damit man sieht, daß er ein Mensch ist von Fleisch und Blut, trete man näher und spide ihn.“ Damit beruhigte sich die Menge. Die Bezeichnung der Lehrlinge als „Druckerteufel“ wurde aber später auf den Kobold übertragen, der die Druckfehler hervorruft, und so kam der Druckerteufel in die Welt.

**Das Ende einer überhimmten Mühle.** Die Nachricht, daß die Stadtmühle von Dinkelsbühl und mit ihr Teile der alten Stadtbefestigung niedergebrennt sind, läßt uns fragen über den Untergang eines historisch denkwürdigen Erdenfels, der im Rahmen des wunderbaren Stadtbildes unerlässlich ist. Dinkelsbühl gehört ja zu jenen wenigen deutschen Städten, in denen sich die Vergangenheit noch ganz rein und in all ihrer Schönheit erhalten hat, und gerade im Rödlinger Viertel, in dem die Stadtmühle lag, war ein prächtiges Bild geboten von der Wehrhaftigkeit altheidischen Städtebaues. Die Stadtmühle und der mit ihr in enger Verbindung stehende Rödlinger Torturm, der glücklicherweise zum größten Teil gerettet wurde, bilden den Abschluß des Viertels, von dem die Straße nach Nördlingen ausging. Im Dreißigjährigen Kriege, in dem Dinkelsbühl viel zu leiden hatte und seitdem keine bauliche Entwicklung so ziemlich stillstand, hatte der alte Turm wohl stark gelitten, denn er wurde noch dem Kaiserbeschluss von 1655 wieder hergestellt und um 20 Schuh erhöht. Die Turmhöhe führt noch heute wie ebendem Namen „Stetteuh“ nach dem Brauch, daß der Turmwächter die Ankunft von Fremden durch einen Trompetenschlag anzeigte, wofür er ein Trinkgeld empfing. Das nannte man in alten Zeiten „Betteln“. Heute bezieht sich der Ausdruck auf das Schlagen der Uhr, die weiß der Stadtmühle um einige Minuten voraus ist. Die Dinkelsbühler sagen dann: „Es bettelt“. Die Stadtmühle hat schon in wrolden Zeiten an dieser Stelle gestanden. Der Bau, der bis zum Brande so malefisch aus dem Mauerkronen hervortragte, ist aber erst zwischen 1490 und 1495 erbaut worden. 1600 wurde der hochragende Giebel umgebaut, wovon eine Inschrift unter dem Reichsadler Kunde gab, die lautete: „Als man zählet 1600 Jahr, dieser Giebel von neuem gepauet war.“ Die Stadtmühle war bis zum Jahre 1782 im Besitz des Dinkelsbühler Rates, der damit die Brotversorgung der Bürgerschaft ausrecht erhielt; später wurde sie verpachtet und dann verkauft. Dem Rödlinger Viertel drückte die Mühle bis in unsere Tage ihr Gepräge auf, denn hier wohnen die Aderbürger. Auch der letzte Nachklang eines alten Dinkelsbühler Gewerbes hat sich hier noch erhalten. So kann man in der Rödlinger Straße an sonnigen Tagen vor manchen Häusern noch die Erzeugnisse der einst hier so lebhaft gepflegten Strumpfwirkerlei erblicken, die in altertümlichen Holzformen zum Trocknen aufgestellt sind.

**England, das Land der Buchmacher.** England ist, wie man weiß, das klassische Land der Wette.

Einen Totalfaktor gibt es dort jedoch nicht, und deshalb kann es nicht weiter wundernehmen, daß der jährliche Kassenumsatz der Buchmacher des Vereinigten Königreiches auf rund 500 Millionen Sterling geschätzt wird. Diese Schätzung hat die englische Regierung jetzt auch auf den Gedanken gebracht, zu Gunsten der Staatskasse sich durch Besteuerung der Gewinne der Buchmacher einen Anteil an dem Umsatz zu sichern, den sie auf 25 Millionen Pfund Sterling berechnet. Im Vereinigten Königreich bestehen 16.000 lizenzierte Buchmacher, von denen jeder einzelne einen Umsatz von 100 Pfund täglich verzeichnet. Das ist indessen nur der Durchschnittswert; denn die Mehrheit bringt es am Tage gut und gern auf 200 Pfund. Wie verbreitet die Geyflogenheit des Wettens im englischen Volk ist, beweist zur Genüge auch die Tatsache, daß jedes Jahr von der Post fünf Millionen Telegramme empfangen und befördert werden, deren Inhalt sich auf Wetteu und andere sportliche Dinge bezieht, ganz zu schweigen von den Briefen, die den gleichen Gegenstand betreffen. Dabei darf man nicht außer Acht lassen, daß sich der größte Teil der Wetteu der Leffentlichkeit entzieht, weil sie mit Buchmachern abgeschlossen werden, die kein eigenes Bureau haben, sondern ihre Geschäfte in Kaffeehäusern, Kneipen und Barbiersstuben in aller Heimlichkeit betreiben. Diese Buchmacher der Straße, die sog. Pfundbuchmacher, arbeiten nur mit kleinen Summen zwischen drei bis sechs Pence und werden beständig von der Polizei überwacht, weil sie ihrer Kundenschaft keine Garantie für die Auszahlung der Gewinne bieten.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

**Keine Halbheiten.**

**Das deutsche Währungsproblem. — Die Reichsbankfrage.**

Es geht nur noch einen Ausweg, aus der deutschen Not; wenn sich nämlich die besitzenden Klassen schleunigst dazu entschließen, die von der Sozialdemokratie aufgestellten wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen nicht nur anzunehmen, sondern sie auch durchzuführen. Proletarisches und bürgerliches Interesse gehen hier gemeinsam: mag es bisher im Klasseninteresse der deutschen Bourgeoisie gelegen haben, die Währung zu ruinieren, so muß ihr das gleiche Klasseninteresse jetzt gebieten, die Währung zu stabilisieren; die Arbeiterklasse auf der anderen Seite gibt nichts von den Grundsätzen ihrer eigenen Klasse preis, wenn sie zunächst den Bestand der Nation sichern will, bevor sie an deren Umgestaltung zur sozialistischen Gemeinschaft herangeht. Jeder andere Weg, mag er von völkischen Revanchepöbeln oder von kommunistischen Glaubenslehrern bezeugnet sein, stützt sich auf gegenwärtigen wirtschaftlichen und außerpolitischen Lage Deutschlands ins Verderben, zertümmert das Reich, liefert die Arbeiterklasse dem Diktat des französischen Imperialismus aus.

Ein paar Tage lang schien es, als ob die deutsche Bourgeoisie endlich begriffen habe, daß der Zusammenbruch des Reiches ihren eigenen Untergang bedeute. Noch die Regierung Cuno brachte eine Reihe von Gesetzentwürfen ein, die dem Reiche neue Riesensummen an Steuern bringen und die Währung durch die Goldanleihe stützen sollten. Die Vorlagen wurden im Reichstag im Eiletempo angenommen. Das Kabinett Stresemann löste das Kabinett Cuno, diese personifizierte Unfähigkeit, ab. Aber kaum war nach dem verunglückten Generalstreikpuff der Kommunisten die minderbemittelte Bevölkerung wieder ein wenig beruhigt, kaum hatte sich das Bürgertum von seinem Schrecken erholt, so setzte der Gegeist der kapitalistischen Kreise ein. Es war gleich ein doppelter Stoß, er kam von der Seite der Preise und von der Währung. Dem vorübergehenden Kursrückgang des Dollars folgten nur einige Warnpreise und auch die nur ganz jaghaft. Höchstens bei Margarine und Schmalz, also bei den Lebensmitteln ausländischer Herkunft, konnte man ein Nachschlagen der Preise spüren; dafür kletterten die Preise für alle anderen Waren

immer weiter in die Höhe. Begründet wurde das, wie üblich, mit den teuren Produktionskosten, mit den Frachten, mit den Löhnen; schließlich kam es so weit, daß eine ganze Reihe von Waren mit ihren Preisen über Weltmarkthöhe hinausgingen. Der neue Marktsturz hat wieder eine neue Spannung zwischen Weltmarkts- und Inlandspreisen geschaffen, die Folge ist, daß die lebensnotwendigen Waren vom Markt verschwunden und erst wieder zum Vorschein kommen werden, wenn sich ihre Preise dem neuen Dollarstande angeglichen haben.

Die Ursache für den neuen Marktsturz ist wiederum in der schrankenlosen Selbstsucht des Bürgertums zu suchen. Der Sinn der neuen Steuer-gesetze war, dem Staatshaushalt große Papiermarkbeträge zuzuführen und die bestehenden Klassen zu zwingen, ihre Sachwerte anzugreifen, wenn sie aus den laufenden Einnahmen die Steuer-ausgaben nicht decken konnten. Was aber geschah? Die Knappheit an Geld und an Zahlungsmitteln wurde nicht durch Inanspruchnahme der kapitalistischen Substanz gedeckt, sondern wiederum dadurch, daß die Reichsbank den Unternehmungen neue Riesenkredite in Papiermark gab und die Tätigkeit der Notenpresse ins Schwindelhafte steigerte. Bei gleichbleibenden oder gar rückläufigen Devisenkursen hatten die besitzenden Klassen verhältnismäßig hohe Zinsen zahlen müssen; das läßt aber ihre Profitgier nicht zu, sie werfen neue Riesensummen von Papiermark auf den Markt, kaufen Devisen und treiben deren Kurse so weit in die Höhe, daß die Zinsenlast durch den Kursgewinn um ein Vielfaches wieder wettgemacht und die Reichsbankkredite nunmehr nur noch einen Bruchteil der ursprünglichen Beträge ausmachen.

Das ist derselbe Kreislauf, in dem sich das deutsche Wirtschaftsleben nun schon seit Jahren befindet und der von der Regierung Cuno gemeinsam mit der Reichsbankleitung seit der Ruhrbesetzung noch beschleunigt worden ist. Es ist klar, daß das Kabinett Stresemann, auch wenn es vier sozialdemokratische Minister hat, nicht von heute auf morgen einen vollkommenen Um-schwung in diesem Zustände herbeiführen kann. Aber das deutsche Volk erwartet doch von der jetzigen Regierung, daß sie alle Maßnahmen mit der größten Energie und mit der größten Schnelligkeit durchführt, von denen eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwartet werden kann. Die erste von diesen Maßnahmen ist die Neubesehung des Reichsbankdirektoriums, das seine Politik trotz der von England geforderten Autonomie der Reichsbank im Rahmen der allgemeinen Reichs-politik halten muß. Die zweite Maßnahme ist die beschleunigte Eintreibung der vom Reichstag beschlossenen Steuern und die Verlangsamung der Arbeit der Notenpresse. Die dritte Maßnahme ist die Schaffung eines erheblichen Devisenbestandes, mit dem die Währung gestützt und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gesichert werden kann; geben die besitzenden Klassen nicht freiwillig ihre Devisen ab, so müssen sie dazu gezwungen werden. Die letzte Maßnahme wäre dann die Erfassung der Sachwerte, mit der sich auch die bürgerlichen Parteien der Koalition bereits abgefunden haben.

Das englische Arbeitsministerium hat kürzlich eine Berechnung aufgestellt, die den Wert der Arbeitslöhne in London und in einigen Hauptstädten anderer Länder mit einander vergleicht. Aus der ersten in der Julinummer der Zeitschrift des Arbeitsministeriums veröffentlichten Berechnung ergibt sich ein Index, nach dem der Durchschnittslohn des Arbeiters in Berlin nur etwa die Hälfte des Durchschnittslohnes des Arbeiters in London beträgt. Der Lohn des Berliner Arbeiters steht nur auf einem Viertel der Höhe des Lohnes, den ein Arbeiter in New York erhält. Das ist eine Durchschnittsberechnung. Fällt der Markkurs, wie es in der jüngsten Zeit wiederholt geschehen ist, in wenigen Tagen auf die Hälfte oder gar auf ein Viertel, gehen die Lebensmittelpreise in dem gleichen Verhältnis sprunghaft in die Höhe, so sinkt der Lohn des deutschen Arbeiters seinem Werte nach auf einen Bruchteil dieses Durch-

(Nachdruck verboten.)

**Die Glücksbude.**

26

Erzählung von Ernst Preussner.

Mutter und Sohn kamen Arm in Arm herein. Sie hatten sich gründlich ausgeweint.  
Und wenn es Frau Trude auch nicht ganz passend erschien, daß Friedrich seine Schnurren aus dem Artistenleben hervorkramte, und lautes Lachen diesen Tag beschloß, ein Art Erleichterung war's ihr doch. Denn Jeremias lachte auch. Und Jeremi ließ die heiteren Augen nicht von dem langen Friedrich, der immer noch eine fröhliche Geschichte wußte und dessen Linke seine Erzählungen mit lebhaften Gesten begleitete.  
So wurde es später, als man vorausgesetzt. In aller Frühe sollte die Ausreise vor sich gehen. Frau Trude wollte Jeremias einen zweiten Abschied von seinem Sohne ersparen.  
Aber die fortwährenden Gemütsbewegungen des Abends ließen niemand ruhig schlafen. Auch Friedrich nicht, der sonst nicht über Schlaflosigkeit zu klagen hatte. Er wollte am Morgen eine kleine Abschiedsrede an Frau Trude halten und versuchte in der Nacht, sich den Worten zurecht-zulegen. Er meinte, er habe ihr vieles zu sagen. Von seiner Pflicht in geschäftlicher Hinsicht und als Erzieher ihres Sohnes, von seinen besten Wünschen für ihr Wohlergehen und das ihres Mannes, von der Sorgfalt, die er auf den Wagen, auf den Schimmel verwenden wollte — und

dann von seinen persönlichen Empfindungen für sie. Das letzte sollte nur zart angedeutet werden, eben so viel, daß es zum völligen Verständnis ausdrückte. Aber er durfte sie nicht verlieren, durfte die Grenze nicht überschreiten, die ihr und ihm gesetzt war. Friedrich versuchte es mit den verschiedensten Ansätzen, geriet aber stets schon nach den ersten Sätzen in einen begeisterten Hymnus auf Frau Trude; er nahm Worte und Wendungen in Aussicht, die man getrost mit einem Zufall hätte in Verbindung bringen können, und vor denen er selber gleich darauf erschrak. Erst in den Morgenstunden löste ein unruhiger Halbschlummer seine Gräbelchen ab, und auch dann tanzt ihr Bild in seinen Träumen auf und nieder, hin und her, verschwand und kam wieder.  
Die verworrensten Empfindungen erfüllten auch Jeremi, der ebensowenig Ruhe auf seinem Lager fand. Nachdem er sich der Mutterliebe uneingeschränkt sicher wußte, erschien ihm die Reise mit Friedrich nur halb so verlockend als vorher. Der Wunsch stieg in ihm auf, in diesem kleinen Hause zu bleiben und die Schule zu besuchen, wie er das von anderen Kindern gesehen hatte. Aber dieser Wunsch wurde verdrängt von der Reugier nach dem Wunderbaren, das ihm Friedrich in Aussicht gestellt. In fremde Länder sollte es gehen. In Gegenden, die, wenn man dem langen Aßleien glauben durfte, nicht die geringste Ähnlichkeit mit denen hatten, die dem Knaben bekannt geworden. Und dann — ja, es war wie ein Wandelpanorama in seinem erregten Hirn: die Gedanken und Empfindungen

knüpften an das Ende stets wieder den Anfang. Dazwischen hörte er die ermahnende Stimme seines Vaters; auch der Grevesberger Gemeindevorsteher mit seinem roten Augen war wieder da; er vernahm das Schluchzen der Mutter, fühlte ihren Ruf, ihren warmen Atem — und erwachte.  
Und vielleicht war der Traum zufällig in die Wirklichkeit übergegangen oder umgekehrt; Frau Trude hatte ihn wirklich mit einem Ruf geweckt und stand nun an seinem Lager. Aber sie schluchzte nicht. Er sah ein stilles, heiteres Gesicht über sich und hörte noch halb im Traum ihre Worte: „Es ist Zeit, Jeremi. Friedrich holt schon das Pferd.“ Und dann war er schnell gewaschen und angezogen, hatte Kaffee getrunken, und der Wagen stand fix und fertig und gespannt vor der Tür. Der Vater sollte nicht gestört werden; aber er rief: er hatte die ganze Nacht auf diesen Augenblick gewartet. Auf beiden Seiten flossen noch einige Tränen, eine zwei Umarmungen noch; ein länger zärtlicher Blick der Mutter, ein Ruf — und Jeremi sah neben Friedrich auf dem Kutschersitz. Neben Friedrich, der nie ein verdrießliches Gesicht gezeigt hatte als eben jetzt, da er dem Schimmel das erste „Hüh!“ zugerufen.  
„Wenn du mal eine Rede halten willst, kleines Viechel, dann ist es das Dämmele, was du tun kannst, wenn du dir die Nacht vorher um die Ohren schlägst, um darüber nachzudenken.“  
Friedrich hatte sich wie ein Taubstummer von Frau Trude verabschiedet. Das warnte ihn.

Er war schon einige hundert Meter gefahren, als er sich noch einmal herausbog und zurückblickte. Da stand Frau Trude am Gartenzaim und sah ihnen nach.  
„Vrt!“ Der Schimmel stand.  
„Halt' mal 'nen Augenblick die Reine, kleines Viechel; ich hab' was vergessen.“  
Mit seinen größten Schritten ging er zurück, reichte der erstaukten Frau Trude die Hand über den Zaun und sagte: „Ich bin recht dumm von Ihnen fortgegangen, Frau Trude. Sie müssen sich nichts dabei denken. Ich liebe und achte Sie.“  
„Das weiß ich, Herr Friedrich. Sie sind ein lieber und guter Mensch!“  
Er bekam noch einen gütigen, sehr gütigen Blick dazu, und der Ton der Stimme war so freundlich, daß er in seiner Freude etwas tat, was er noch nie und bei niemand getan hatte: er küßte ihr die Hand.  
Und als er zurückkam zum Wagen und wieder aufgestiegen war, da leuchtete sein Antlitz wie verklärt und von der Verdrießlichkeit war keine Spur mehr vorhanden. Er griff zum Leitseil, behielt es aber nicht lange.  
Jeremi nahm es ihm aus der Hand: „Sie fahren ja in die Kirche, Onkel Friedrich. Wir wollen doch nach Italien.“  
Der Schimmel stand wirklich mit dem Kopf am Douportol.  
(Fortsetzung folgt.)

Schnittstandes herab. Man versteht an diesem Beispiel die ungeheure Erregung, die durch die arbeitende Bevölkerung bei jedem neuen Marktsturz geht, wenn sie immer wieder entwertetes Papier erhält und wenn sich zu der Unterbezahlung noch Mangel an Zahlungsmitteln gesellt. Diesem Problem, nämlich den Arbeitslohn mit den Kosten der Lebenshaltung im Einklang zu halten, kann demnach nicht durch schematische Lohnregelungen beigegeben werden, es muß durch die Stabilisierung der Währung gelöst werden.

Und nun beantwortet sich die Frage, ob man dem Todeskampf der Mark ruhig zusehen, ob man das, was zum Falle verurteilt ist, noch stoßen soll, einfach so, daß endlich die Wertbeständigkeit der deutschen Währung geschaffen werden muß, ganz gleich, ob sie sich in Papiermark oder in Goldmark ausdrückt. Alle Maßnahmen der neuen Regierung haben nur dann einen Sinn, wenn sie auf dieses Ziel zusteuert und alle Halbheiten aufgibt, durch die sich das Kabinett Cuno ausgezeichnet hat. Es ist sicher, daß die Regierung Stresemann darüber im Klaren ist. Ihr Untergang ist besiegelt, wenn sie nicht mit der größten Tatkraft durchgreift. Die bestehenden Klagen müssen erfahren, daß die schönen Zeiten der Kriegs-, Nachkriegs- und Rubikonjahre vorüber sind. Die Sozialdemokratie weiß, was jetzt auf dem Spiele steht und sie wird ihren Willen einsehen, um durch die Rettung der Währung die Rettung des Reichs zu ermöglichen.

**Planarversammlung der Gewerkschaften in Reichenberg.** Die nordböhmische Kreisgewerkschaftskommission berief für den 23. August eine Vollversammlung ein, die von den Vertrauenspersonen sämtlicher Organisationen zahlreich besucht war. Das Referat erstattete Genosse Schäfer, welcher das Problem der Kohlenproduktion zunächst in seiner internationalen Bedeutung aufrollte, um dann eingehend die Verhältnisse im tschechischen Staatsgebiete zu besprechen. An Hand von vielen Ziffern wies Gen. Schäfer nach, daß das Grubenproletariat der Tschechoslowakei durch den unerbittlichen Angriff der Grubenbarone gezwungen war, in den Abwehrkampf einzutreten. Im besonderen betonte er, daß hinter den Grubenherren die Industriellenverbände stehen, die mit gespannter Aufmerksamkeit die Vorgänge verfolgen, um aus einer eventuellen Niederlage der Bergarbeiter auch ihre Angriffe gegen die übrige Arbeiterschaft einsehen zu können. Gen. Bauer beantragte dann eine Entschließung, in der sich die Versammelten bereit erklärten, nach den Beschlüssen ihrer Organisation mit dem Aufgebote ihrer ganzen Kräfte den streikenden Klassengenossen in ihrem harten Ringen beizustehen und verpflichten sich zur brüderlichen Solidarität. Schatz und entschieden verwahren sie sich im Namen der von ihr vertretenen organisierten Arbeiterschaft, gegen jeden Versuch von arbeiterfeindlicher Seite, in der öffentlichen Meinung gegen die kämpfenden Bergarbeiter Stimmung zu machen. Verantwortlich für den volkswirtschaftlich ungemein empfindlichen Konflikt im Bergbau sind ausschließlich die Grubenbesitzer mit ihren ununterbrochenen Angriffen auf die Lebenshaltung der Bergleute, und die Regierung, die zum schweren Schaden der gesamten Volkswirtschaft an der Kohlenabgabe und den hohen Kohlentarifen starrköpfig festhält. Diese Kundmachung wurde ohne Debatte einstimmig beschlossen, worauf der Vorsitzende Gen. Eberhard die Versammlung schloß.

**Arbeitslosigkeit in der Glasfabrik Inwald in Judmantel.** Die Glasfabrik Inwald A. G. in Judmantel hat infolge Kohlenmangels Donnerstag 350 Arbeiter zum Feiern gezwungen. Die restlichen 400 Arbeiter werden in den nächsten Tagen ebenfalls arbeitslos sein. Diese Tatsache straft die Berichte der bürgerlichen Presse, daß kein Kohlenmangel eintreten werde, Lügen. Die hart getroffenen Glasarbeiter werden jedoch aus Solidarität die Opfer, die ihnen durch den Streik der Bergarbeiter auferlegt werden, zu tragen verstehen, wissen sie doch, daß die Bergleute heute die Pioniere des gesamten Proletariates im Kampfe gegen das übermütige Kapital sind.

**Die Aussperrung der Stullateure in Teplitz.** Nach mehrwöchiger Dauer konnte die Aussperrung im Verhandlungswege beigelegt werden. Der Stundenlohn, die Zuschläge bei auswärtigen Arbeiten, sowie die Zuschläge zum Stundenlohn, bei Ueberstunden, Sonntags- und Nacharbeit und die Vertragsdauer, was eigentlich der strittigste Punkt der ganzen Verhandlungen war, wurden in einem Protokoll festgelegt. Die Arbeit wurde nur provisorisch aufgenommen, da ihre Fortführung von dem Ergebnis der weiteren Verhandlungen, bei denen noch über die allgemeinen Bestimmungen beraten werden muß, abhängig ist. Das vorläufige Ergebnis können die Gehilfen als einen Erfolg bezeichnen, weil sie durch ihre mustergültige Haltung in dem ihnen aufgezungenen Kampf den größten Teil ihrer Forderungen erreicht haben.

Das tschechoslowakische Erdölproblem ist eine Frage, die die tschechische Presse jetzt intensiver beschäftigt. Die „Nar. Listy“ verweisen in Besprechung der tschechoslowakischen Naphthaversorgung darauf, daß die inländischen Fachleute die Ansicht vertreten, daß das tschechische Staatsgebiet sehr reich an Naphtha sei. Demgegenüber zeigt die Praxis keine großen Erfolge. Der Staat arbeitet in eigener Regie in der Umgebung von Egbeil in der Slowakei. Das dort gewonnene Erdöl eignet sich vorzüglich für die Erzeugung von Maschinöl und Motorenaphtha, ist aber verhältnismäßig arm an Benzin und Petroleum. Nach Professor Jahn soll die Erzeugung in Egbeil bis auf zehn Ziffern gestiegen sein. Das Blatt kommt auch auf die Angelegenheit der „Standard Oil“ zu sprechen, die zuletzt vorgegeben hat, deshalb von dem Vertrage

mit der Tschechoslowakei zurückzutreten, weil sie bei den Angriffen in der tschechischen Öffentlichkeit müde sei. Die Wahrheit liege aber darin, daß die „Standard Oil“ einfach die Sache hingezogen habe, um die Gruben unterzücken zu lassen und nach dem Referat ihres Sachverständigen zurückzutreten sei. Auf alle Fälle sei die Öffentlichkeit vom Außenministerium nicht in der gebührenden Weise informiert worden. Augenblicklich bewerbe sich jetzt eine holländische Gesellschaft um das tschechische Petroleum. Gegenwärtig werden 10.000 Zisternen Naphtha in der Tschechoslowakei verbraucht und davon neun Zehntel aus dem Ausland importiert. Das Blatt verweist auf die Bedeutung, die dieser Umstand in einem kriegerischen Konflikt gewinnen würde. (Das chauvinistische Heßblatt denkt immer und vor allem an den Krieg.) Deshalb sei es notwendig, daß man darangehe, Zisternen zu bauen, um unterirdisch die notwendigen Vorräte zu halten und außerdem die inländische Naphthaproduktion auszugestalten.

**Die Streiks und Aussperrungen im Monat Mai.** Vom Ministerium für soziale Fürsorge wird mitgeteilt: Im Monate Mai 1923 haben in der tschechoslowakischen Republik insgesamt 40 Arbeitseinstellungen stattgefunden. Von diesen waren 34 Streiks mit 10.185 Streikenden (davon 1956 Frauen) und sechs Aussperrungen mit 795 Streikenden (davon 290 Frauen). In demselben Monat wurden 26 neue Streiks mit 4190 Angestellten begonnen. Der Gesamtverlust an Arbeitstagen betrug 47.600, der Lohnverlust der Angestellten 1.090.000 Kronen.

**Streitgespräch im polnischen Kohlenbergbau.** Freitag haben in Dombrowa-Gornica die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Bergarbeitern zwecks Abschluß eines neuen Kollektivvertrages begonnen. Unter der Bergarbeiterschaft des Dombrower Reviers herrscht infolge des Lebensmittelmangels eine starke Tendenz für den Generalstreik.

**Eine wirtschaftliche Verlustliste.** Nach den Angaben des staatlichen statistischen Amtes wurden im Juli in der Republik 45 Konkurse eröffnet. Bei sechzehn wurde die Bilanz noch nicht festgestellt. Bei den restlichen 29 Fällen betragen die Aktiven 2.966.223 K., die Passiven 7.038.412 Kronen; außerdem fanden 192 Ausgleichsverfahren statt, bei denen die Aktiven über 37.837.265 K., die Passiven 85.169.400 K. betragen.

**Eine genossenschaftliche Universität in einer genossenschaftlichen Kolonie.** In Louisiana wurde in einer genossenschaftlichen Kolonie eine genossenschaftlich betriebene Universität gegründet. Sie wird am 1. Oktober eröffnet werden. Das Institut wird „Commonwealth College“ genannt werden und liegt in einer der wenigen mehr oder weniger rückständigen Gebiete der Vereinigten Staaten und inmitten einer reinen Arbeitergemeinde. Sie ist ein Teil einer genossenschaftlichen Kolonie von Pflanzern. Beim Betrieb der Universität wird das Prinzip maßgebend sein, daß jeder Student sein Brot selbst verdienen muß. Alle Studenten müssen deshalb vier Stunden pro Tag in den Industrien der Kolonie arbeiten. Es werden nur 50 Studenten zugelassen, die nicht zur Kolonie gehören. Diese müssen ein bestimmtes Kursgeld bezahlen, während die Kurse für Mitglieder der Kolonie gratis erteilt werden. Die Kolonie stellte der Schule 40 Morgen Land, das Baumaterial und die Bauarbeiter zur Verfügung. Die Lehrer erhalten kein Gehalt und müssen neben ihrer Lehrtätigkeit vier Stunden pro Tag arbeiten.

**Der amerikanische Gewerkschaftskongress.** Der jährliche Kongress der „American Federation of Labor“ wird am 1. Oktober in Oregon eröffnet. Im Bezug auf die dem Kongress bevorstehende Arbeit heißt es in dem Kongressaufruf: „Alle Anstrengungen müssen gemacht werden, um die Ausbeutung der Kinderarbeit zu verhindern und das Leben der amerikanischen Kinder zu schützen. Das Feld der Organisationsarbeit muß erweitert werden, um die Massen derjenigen Arbeiter, die bisher der Organisation fern gestanden, für den

Anschluß zu gewinnen. Dies gilt besonders von den ungelerten Arbeitern, von den Frauen und Jugendlichen. Das Band der Solidarität und Einheit muß fester gebunden werden. In jeder Beziehung muß darauf hingewirkt werden, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen und zu schützen. Die Friedens- und Rekonstruktionsarbeit zu fördern, wird Aufgabe unserer Bewegung.“

### Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	100.000	16.37'50
Berlin	100.000	128.000'00
Wien	100.000	2085'00

Zürcher Schlusskurse am 25. August.

	Geld	Ware
Paris	81.28'00	81.40'00
London	25.20'00	25.22'00
Berlin	0.00.011	0.00'12'50
Holland	23.80'00	23.85'00
Poland	217.00'00	218.00'00
Wien	0.00.77'75	0.00.78'50
Budapest	0.03'00	0.03'75
Bras	16.17'00	16.17'50
New York	5.53'00	5.54'00
Belgrad	5.70'00	5.55'00
Warschau	0.00.21'00	0.00.26'00

### Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters in Prag.

Für die Zeit vom 1. bis 9. September.

Samstag, den 1. September: „Die schöne Rama.“ — Sonntag, den 2. September: „Najin die Tänzerin.“ — Montag, den 3. September: „Die Rose von Stambul.“ — Dienstag, den 4. September, Godesberger, neuinszeniert: „Egnont.“ — Mittwoch, den 5. September: „Aheingold.“ — Donnerstag, den 6. September: „Walfür.“ — Freitag, den 7. September Gastspiel Siegfried Hofer: „Der Raub der Sabinerinnen.“ — Samstag, den 8. September, neuinszeniert: „Der fidele Bauer.“ 7 Uhr. — Nachvorstellung, 10 Uhr, Gastspiel Siegfried Hofer, zum erstenmal: „Amor in Nikolsburg.“ — Sonntag, den 9. September, 2 1/2 Uhr: „Flachsmann als Erzherz.“, 6 1/2 Uhr: „Lohengrin.“

### Der Film.

Das **De Sausouci** bringt diesmal neben interessanten Aufnahmen von dem Fußball-Weltspiel Prag-Wien am letzten Sonntag und zwei amerikanischen Filmgroßstücken, die sich an Witzweitzensnationen kaum mehr überbieten lassen, den Film „Prinzessin Suvarin“, der uns in das Leben der russischen Emigranten in Berlin einführt, wo diese in allen möglichen Stellungen ihr Leben fristen. Die Handlung ist — gewiß eine wohlthuende Abwechslung — ziemlich geradlinig, ohne große Ueberhebungen und Aufregungen; die Prinzessin geht zum Film, wo sie sich in einen Hilfsregisseur und nachmaligen Filmdirektor, der leider schon verheiratet ist, verliebt; nach dieser ersten Enttäuschung verzichtet sie aber auf ihrer verheißungsvoll begonnene Laufbahn als Filmregisseurin und zieht doch den simplen Beruf einer Millionärsgattin — nicht zu vergessen: in amerikanischen Dollars! — vor. Auch ihre Darstellerin, Lia Dagover, hat alle Anlage, sich zu einem Kinostar zu entwickeln: jung, hübsch und mit ihrem Augenaufschlag einfach unwiderstehlich! Antifaschistische Tendenzen diesem Film zuzuschreiben, wäre zu viel, denn die „bösen Bolschewiki“ kommen dabei noch ganz gut weg; nur eine kurze Szene zeigt sie bei der Pflünderung eines Großfürstentumspalastes. Bemerkenswert ist als Gegenstück ein russischer Gottesdienst in einem Berliner Keller, wo zwecks Wiederherstellung des „Mütterchens Russland“, in unerfährter zaristischer Auflage natürlich, die heißesten Gebete zum Himmel steigen und zugleich die schönsten Schmuckstücke neben dem letzten Groschen eines alten Weibes in den unerfährlichen Händen des Popen verschwinden. — u —

### Gerichtssaal.

Der Strafantrag im Nordprozeß Baur.

Prag, 24. August. (Wolff.) Im Prozeß Baur beantragte die Staatsanwaltschaft gegen Johann Berger, Hans Berger und Zwengauer die Todesstrafe, gegen Dr. Ruge wegen Auforderung zum Mord ein Jahr Gefängnis. Das Urteil wird Montag um 5 Uhr nachmittags verkündet werden.

### Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Mittwoch, den 29. August d. J. um acht Uhr abends im Goldenen Kreuz in Prag II., Rejzanka,

Vollversammlung der Parteimitglieder.

Tagesordnung: Die Gemeindevahlen.

Pünktliches und vollständiges Erscheinen der Genossen und Genossinnen unbedingte Pflicht. Ohne Parteilegitimation kein Eintritt möglich.

Die Bezirksvertretung.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation in Prag. Die Sitzung der Bezirksvertretung findet Montag um 8 Uhr abends im Sozialdemokrat (Gabelplatz 32, 2. Stock) statt. Kein Mitglied der Bezirksvertretung darf fehlen.

Sozialorganisation Prag VII. Freitag, den 31. August 1923. Wochenversammlung im Gasthause „U Mademie“. Tagesordnung: Gemeindevahlangelegenheiten. Anfang 8 Uhr abends. Gäste willkommen.

### Wetterberichte.

Der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

25. August 1923 morgens	Luftdruck auf Meereshöhe	Temperatur C	Windrichtung und -stärke (P-M)	Wetter	Tagelange Niederschlag mm	Windrichtung und -stärke P-M
Prag	757	14	WSW	Regen	2	81
Brünn	755	18	NW	bedeckt	0	25
Reichenau (Mäh)	752	7	O	bedeckt	0	10
Stornoway (Schw)	753	8	—	bedeckt	0	12
Valencia (Irland)	759	14	S	bedeckt	8	15
London	762	11	NW	heiter	1	0
Helsinki (Finn)	751	11	N	bed.	21	—
Oslo (Norwegen)	758	13	SO	1/2 bed.	1/2	17
Damburg	750	15	SW	1/2 bed.	1/2	19
Warschau	758	18	S	heiter	1/2	24
Paris	762	14	WSW	heiter	1/2	23
Zürich	761	14	W	1/2 bed.	1	23
Wien	758	13	SO	bed.	3	25
Belgrad	756	24	W	heiter	0	—
Budapest	767	21	NNW	1/2 bed.	—	25
Biarritz (Frankr.)	767	21	NNW	1/2 bed.	—	25
Florenz	—	—	—	—	—	—
Athen	758	22	NO	Regen	70	—

Höhenstationen (Luftdruck nicht reduziert):  
Donnerberg 840 m 683 10 NNW, Regen 3 22  
Schneealpe 1610 m 623 7 N, Nebel 97 14  
Jungfrue 2960 m — — — — —

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Cermak.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Für den Druck verantwortlich: C. Doll.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 23, Kl. Basar.

1332

**BERSON** GUMMIABSAZGE UND GUMMISOHLEN am besten Rohmaterial hergestellt Qualitätsmarke.

1 9 2 3  
**Zweite Deutsche Land- und forstwirtschaftliche Wanderausstellung**  
Gewerbe, Industrie, Warenschau  
25. August - 10. September  
**Coer**

**Piering-Schl. u. Essig** hat der beste!  
zu haben in allen Konsum-Verleasen  
**Alle Bücher** liefert rasch und billig die Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönan, Theresienstraße Nr. 18. Hohes Lager in dreifachster Belegenheitsläufen. Preisnachlässe werden wir auf Wunsch kostenlos.

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckmarken  
**„APEC“ und „Morrell“**  
1801 Vertreter für die Cechoslowakei:  
**Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.**  
Drahtanschrift „Rostra“ Telefon 687

**Warnung ! !** 1771  
Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger  
**KOH-I-NOOR**  
Ersic Prager Fliegenfänger-fabrik  
Prag-Vrbovic Nr. 448/V. Tel. 7899.  
**Inserieren Sie im Sozialdemokrat !**

**Deutscher Theatergarten**  
Täglich Militärkonzert  
Anfang 3 Uhr